

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 n.
Anzeigenpreis die 3spaltige Petit-
zeile 4 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Quisburg, Seifenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
zu send an die Geschäftsstelle Seifen-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Die Verteuerung der Lebenshaltung.

Ueber die Begehrlichkeit des Arbeiterstandes nach mehr Lohn und besserer Lebenshaltung hört man nur zu häufig in anderen Gesellschaftskreisen klagen, namentlich im Arbeitgeberstand. Fast durchweg wird dann auf die Steigerung der Löhne in den letzten Jahren hingewiesen und betont, der Arbeiterstand werde niemals zufriedener. Wenn man auch im allgemeinen zugeben muß, daß eine Erhöhung des Einkommens durch die gute Konjunktur eingetreten ist, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß diese Erhöhung nicht so sehr durch die Verbesserung der Löhne, als vielmehr durch die Ueberzeitarbeit und Nebenschichten entstanden sind. Dieses auf unnormale Verhältnisse sich gründende Mehreinkommen wird aber im erhöhten Maße durch die Ausgaben für Erhaltung der zu stark in Anspruch genommenen Arbeitskräfte wieder verbraucht.

Von einer wirtschaftlichen Besserstellung kann schon aus diesem Grunde als auch keineswegs im Sinne des erhöhten Einkommens überhaupt geredet werden, da die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterfamilien, sei es in bezug auf Lebensmittel, Wohnungsmiete etc. mindestens gleichen Schritt gehalten, vielfach sogar in stärkerem Maße eingetreten ist, als die Erhöhung des Einkommens.

Recht fühlbar tritt diese Tatsache im letzten Jahre in die Erscheinung durch die hohen Fleischpreise, die für eine mehrköpfige Arbeiterfamilie unerschwinglich geworden sind. Das Fleisch bildet heute einen wesentlichen Bestandteil der Volksernährung, namentlich des Arbeiterstandes der Industrie, der schwere körperliche Arbeit verrichten muß. In dem Maße, wie nun solch ein unenbeirrliches Nahrungsmittel verteuert wird, daher der Konsum durch andere Lebensmittel ersetzt werden muß, ziehen auch die Preise der anderen mehr verbrauchten Lebensmittel an, dank der Handels- und Geschäftsweltpraxis, wodurch eine allgemeine Verteuerung der Lebensmittel die natürliche Folge ist. Das beweist die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittel wie Butter, Gemüse, Eier, Mehl etc. in derselben Zeitperiode. Ein solch ungesunder Zustand liegt nicht im Interesse des Volkswohles und der Arbeiterstand hat alle Ursache, solchen Erscheinungen gegenüber sich zur Wehr zu setzen.

Ueber die Ursache der Fleischteuerung gehen die Meinungen, je nach der Stellung der politischen Parteien zum Freihandel oder Zollschutz auseinander. Zweifellos ist dieselbe auf die Fleischnot zurückzuführen, was allerdings die extrem agrarischen Kreise in Deutschland nicht zugeben wollen. Unsere deutsche Landwirtschaft ist der Meinung, daß bis auf 4 bis 5 Prozent des ganzen Fleischbedarfes der deutschen Bevölkerung sie selbst produzieren könne. Diese Erwägung wird auch bei Abschluß des Zolltarifes maßgebend gewesen sein, so daß höhere Zölle auf lebend Vieh vom Ausland in demselben aufgenommen worden sind.

Angesichts der herrschenden Fleischnot in den beiden letzten Jahren dürfte diese Annahme doch nicht richtig sein. Hinzu kommt nun noch die Grenzperre, die seit länger als 10 Jahren von der Regierung aus veterinären Gründen zum Schutze der Landwirtschaft gegen Seuchengefahr eingeführt ist, wodurch die Skalamität sich steigerte.

Es ist einfach unverständlich, wie die Regierung trotz der anhaltenden Notlage sich seit 17 Jahren dagegen gestraubt hat, durch weitere Öffnung der Grenzen, wobei auch die veterinären Maßregeln beobachtet werden könnten, dem Notstande zu

steuern. Der Notchrei der unteren Schichten des Volkes als auch das Vorgehen der Städte ließ sie kalt. Jetzt allerdings, nachdem der Reichstag wieder zusammengetreten ist, kurz vorher der Landwirtschaftsminister von Bobbielski — der wärmste Freund und Helfer der Agrarier seinen Abschied nahm — muß sich auch die Regierung mit der Frage befassen. Das hätte längst geschehen müssen, da doch auch für die Regierung die Statistik eine berebete Sprache führen muß. Der Fleischkonsum ist pro Kopf der Bevölkerung von 52,4 Pfg. im Jahr 1904 auf 49,2 Pfg. im Jahre 1905 gefallen und dasselbe wird im Jahre 1906 noch mehr der Fall sein.

In der Industriestadt Düsseldorf fiel der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 66,87 Pfg. 1904, auf 65,78 Pfg. 1905 und 58,08 Pfg. 1906.

Demgegenüber stellt sich die Steigerung der Fleischpreise in Düsseldorf wie folgt: Der Durchschnittspreis für 50 Kilogramm Schlachtgewicht von Rindern, Qualität b betrug im September 1903: 63 Mark, 1904: 71 Mk., 1905: 78 Mk., ist also in dieser Zeit um 23,8 Prozent gestiegen. Wegen den in den letzten drei Jahren niedrigsten Preis von 59 Mk. beträgt die Steigerung 32,2 Prozent. Bei Schweinen, Qualität b betragen die Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht nach Abzug von 20 Prozent Tara im September 1904: 54 Mark, 1905: 70 Mark, 1906: 74 Mark, die Steigerungen also 37 Prozent oder gegen den niedrigsten Preis von 47 Mark im Febr. 1904: 57,4 Prozent. — Die durchschnittlichen Lammpreise für ein halbes Kilogramm betragen bei Ochsenfleisch 2. Sorte im September 1904: 74 Pfg., 1905: 81 Pfg., 1906: 83 Pfg., die Steigerung also 12,2 Prozent oder gegen den niedrigsten Preis von 70 Pfg. im Februar 1904: 18,6 Prozent. Bei Schweinefleisch (Bratenstücke) betragen die Preise im September 1904: 80 Pfg., 1905: 100 Pfg., 1906: 106 Pfg., die Steigerung also 32,5 Prozent oder gegen den niedrigsten Preis von 75 Pfg. im Februar 1904: 41,3 Prozent.

So die amtliche Statistik. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Großstädten. Wenn auch augenblicklich ein Sinken der Viehpreise und damit auch der Fleischpreise gemeldet wird, so deuten doch alle Erfahrungen darauf hin, daß, wenn hier nicht wesentliche Abhilfsmittel durch die Regierung oder Gesetzgebung geschaffen werde, ein normaler Zustand nicht eintreten wird. Nur eine vorübergehende erweiterte Öffnung der Grenze oder Herabsetzung der Zölle wird, ebenfalls nicht dauernd bessern können. Auch ist nicht allein gedient mit Einführung von Notstandstarifen, wie man in Regierungskreisen erwägt. Hier müssen solche Maßnahmen getroffen werden, die auch wirklich geeignet sind, in Zukunft eine solch erhebliche Teuerung unmöglich zu machen. Wenn die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, genügend Vieh produzieren zu können, dann muß das Ausland aushelfen und diesen Vieh produzierenden Ländern erleichterte Einfuhrbedingungen geschaffen werden. Das deutsche Volk hat das größte Interesse daran, in seinen Lebensmittelprodukten nicht so sehr vom Auslande abhängig zu sein. Was aber im Inlande an Bedarf nicht genügend produziert werden kann, darf durch Erschwerung des Bezugs vom Auslande nicht zu sehr verteuert werden.

Daß die großagrarischen Kreise sich dagegen sträuben, daß die Regierung zur Abhilfe sich anschickt, ist bei ihrer Stellung in den letzten Jahren sehr erklärlich. Die Herren sollten aber nicht vergessen, daß ein allzu großer Widerstand auch in das Gegenteil umschlagen kann.

Die Regierung wird nicht umhin können, für sorgliche Maßnahmen auf den verschiedensten Ge-

bieten zu treffen, um diesem Notstande am Volkswohl in der Zukunft vorzubeugen. Die Verteuerung der Lebenshaltung des Arbeiterstandes beweist aber, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter neben ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit auch politisch sich schulen und betätigen müssen, um selbst mit Hand anzulegen, daß die Verhältnisse sich bessern. Damit, daß durch die gewerkschaftliche Organisation sein Einkommen gesteigert, auf der andern Seite ihm dies aber wieder weit gemacht wird durch die Steigerung seiner Lebenshaltung, ist ihm nicht gedient. Die natürliche Folge ist, daß der Arbeiterstand immer höhere Lohnansprüche stellen muß, um seine Bedürfnisse auch nur halbwegs befriedigen zu können. Hier liegt ein eminentvolkswirtschaftliches Interesse vor, da von der Kaufkraft des Arbeiterstandes das gesamte Volkswohl in Mitridenschaft gezogen wird.

Also, nicht die „Begehrlichkeit“ des Arbeiterstandes ist es, die ihn immer drängt nach höherem Einkommen, sondern sein gutes Recht, sowohl die gesteigerten Preise für seine Lebenshaltung weit zu machen, als auch billigerweise einen ihm zustehenden gerechten Lohn für seine Arbeitskraft zu erhalten, der in dem Preise des Produktes mit zum Ausdruck kommt.

Je mehr die gewerkschaftlichen Organisationen errichten und an der Erziehung der Mitglieder arbeiten können, je größer wird auch die Mitarbeit im Arbeiterstande sein, um eine Abwehr zu schaffen, die einer fortgesetzten Teuerung der Lebenshaltung entgegenwirkt. Darum hat auch in dieser Frage die immer wiederkehrende Mahnung ihre Berechtigung, daß alle Arbeiter sich den gewerkschaftlichen Organisationen anschließen müssen, um ihr Einkommen auf der Höhe zu halten und auch im politischen Leben mitzuarbeiten, und sich Einfluß zu verschaffen, damit ihm durch gesetzgeberische Maßnahmen die gewerkschaftlichen Erfolge nicht wieder illusorisch gemacht werden können.

Zum Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat in einer Sitzung vom 30. November zu dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Stellung genommen und veröffentlicht hierüber folgendes:

Nach jahrzehntelangen Drängen der bürgerlichen Parteien im Reichstage hat die Regierung endlich einen Gesetzentwurf, welcher die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine regeln soll, vorgelegt. Die Forderung nach Rechtsfähigkeit war von jeher für die christlichen Gewerkschaften mehr von prinzipieller als von praktischer Bedeutung. Im allgemeinen haben sich die Gewerkschaften an den bestehenden Zustand gewöhnt und ihre Verwaltung entsprechend eingerichtet, so daß sie den Nichtbesitz der Rechtsfähigkeit nicht allzuschwer empfinden.

Man hat sich daher bei dem Verlangen nach Rechtsfähigkeit weniger leisten lassen von dem Gedanken, daß den Gewerkschaften dadurch ein besonderer Vorteil erwachsen würde, als vielmehr von dem Gesichtspunkte, daß den Berufsvereinen im allgemeinen, denen der Landwirte, der Handwerker, der Gewerbetreibenden und vor allem denen der Privatbeamten, den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen die Rechtsfähigkeit von größerem Nutzen sein würde. Die Vorlage der Regierung entspricht dem aber absolut nicht. Sie beschränkt sich lediglich auf die gewerblichen Arbeiter (Titel VII der Gewerbeordnung). Sie stellt somit den Versuch dar, zum

ersten Male ein Gewerkschaftsrecht in Deutschland einzuführen. Bei aller Anerkennung der Vorzüge gegen den bisherigen Rechtszustand muß aber offen bekannt werden, daß der Gesetzentwurf der Regierung die Frage des Gewerkschaftsrechtes in einer für die christlichen Gewerkschaften durchaus unannehmbaren Form regeln will. Hier seien nur die schlimmsten Bedenken hervorgehoben.

1. Die Zweckbestimmung des Vereins (Paragraph 1) ist zu eng begrenzt. Hiernach soll der Verein zugelassen werden (zur Erwerbung der Rechtsfähigkeit durch Eintragung), wenn sein Zweck „nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist, ohne daß ein Rechtsanspruch darauf eingeräumt ist.“ Wenn auch, wie in den Motiven angedeutet wird, nicht jede Unterstützung der einzelnen Berufsvereine ausgeschlossen werden soll, so erscheint es doch dringend notwendig, daß im Gesetze klar zum Ausdruck gebracht wird, daß zum Beispiel die Kartellierung der Berufsvereine und ihrer Zahlstellen mit gleichartig gerichteten Berufsvereinen, wie es in den Ortskartellen der christlichen Gewerkschaften und dem Gesamtverbande derselben der Fall ist, zulässig ist; ferner daß die gegenseitige Unterstützung der Berufsvereine nicht nur bei Streiks, sondern auch in der Vertretung der sozialpolitischen Forderungen, die alle Berufe gemeinsam betreffen, (Koalitionsrecht, Maximalarbeitsstag usw.) sowie in Forderungen, die nur einen bestimmten Beruf betreffen (z. B. Seimarbeiterchutz), als Vereinszweck gestattet ist.

2. Für überflüssig und zum Teil schädlich ist die Bestimmung des Paragraph 3 anzusehen, nach welchem Mitglieder, welche ihren Beruf wechseln, aus dem Vereine ausscheiden. Da es jedoch den Vereinen freigestellt ist, solche Bestimmungen aufzunehmen, so ist derselben eine große Bedeutung nicht beizumessen.

3. Die in Paragraph 7 des Entwurfs vorgesehene Verfassung des Vereins (Bildung eines Ausschusses von mindestens 50 Mitgliedern, auf jedes weitere Tausend ein Mitglied mehr usw.) ist für die Form, in der sich die deutschen Gewerkschaften entwickelt haben, nicht zweckentsprechend. Das gilt besonders von den Vorschriften über die Mitgliederversammlung. Die Bestimmung in Paragraph 10, daß jeder Teilnehmer an einer Mitgliederversammlung die Beschlüsse der Versammlung auf dem Klagewege anfechten kann, öffnet den Querulanten der Vereine Tür und Tor und kann deshalb von den Gewerkschaften nicht akzeptiert werden.

4. Die in Paragraph 11 getroffene Bestimmung, daß den Verwaltungsbehörden jeder Zeit das Mitgliederverzeichnis vorgelegt werden muß, und daß jedes Mitglied eine Abschrift der Mitgliederliste verlangen kann, ist unannehmbar. Abgesehen von den großen Schwierigkeiten und der Belastung mit Verwaltungsarbeit, welche der Führung eines genauen Mitgliederverzeichnisses im Sinne des Entwurfes für die sich über ganz Deutschland erstreckenden zentralisierten Gewerkschaften mit ihrer stark fluktuierenden Mitgliederzahl bedeuten würde, wäre, soweit mit Rücksicht auf den öffentlich-rechtlichen Charakter der eingetragenen Berufsvereine eine Einschränkung in die Mitgliederliste seitens der Behörden nicht zu umgehen ist, damit eine objektive Behörde wie zum Beispiel das Gewerbeamt, zu beauftragen.

5. Die in Paragraph 15 ausgesprochenen Bedingungen, unter denen den Vereinen die Rechtsfähigkeit entzogen werden kann, sind unannehmbar, weil sie der Willkür der den Gewerkschaften vielfach unfreundlich gegenüberstehenden Behörden zur Lähmung der Aktionskraft der Organisationen eine bequeme Handhabe bieten. Es ist ein Unrecht, den Arbeitern der Gas- und Wasserwerke usw. das Streikrecht zu beschneiden, ohne ihnen dafür einen Ersatz zu bieten. Die christlichen Gewerkschaften erkennen an, daß Streiks in diesen Berufen, welche die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Beleuchtung in Frage stellen, unter Umständen das Allgemeinwohl schwer schädigen. So lange aber diese Arbeiter dem freien Arbeitsvertrag und die Betriebe selbst der freien Konkurrenz unterstehen, ist es ein Unrecht, diesen Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen, vor allem, da die Arbeiter für den Ausbruch solcher Streiks nicht allein verantwortlich gemacht werden können.

6. Die einfache Anwendung des Paragraph 31 des BGB auf die Berufsvereine, nach welchem der Verein für den vom Vorstand und dessen Vertreter in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen dritten Personen zugefügten Schäden ersatzpflichtig ist, ist für die gewerkschaftliche Praxis unannehmbar. Die christlichen Gewerkschaften stehen nicht auf dem Standpunkte, daß den Berufsvereinen eingeräumt werden soll, beliebig Anderen Schäden zuzufügen. Die vorstehende Bestimmung gibt aber den Arbeitgebern und den Behörden eine Handhabe, um die Gewerkschaften mit Schadenersatzklagen zu Tode zu verurteilen.

7. Der Ausschluß der Landarbeiter und der Eisenbahnarbeiter von dem Gesetze ist eine große Ungerechtigkeit. Vor allem die ersteren bedürfen unbedingt des freien Koalitionsrechts und der beruflichen Organisation.

Das sind einige der wichtigsten Punkte, die den Gesetzentwurf für die Gewerkschaften unbrauchbar machen. Trotz einiger Verbesserungen, welche der Entwurf besonders auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechtes bietet, kann derselbe als eine großzügige Regelung des Gewerkschaftsrechtes nicht gelten. Bedauerlich ist vor allen Dingen, daß der Entwurf das Koalitionsrecht den Wünschen der christlich-nationalen Arbeiter entsprechend nicht regelt. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Parteien des Reichstages bei der Beratung in der Kommission den Entwurf in eine Form umgestalten, welche den Gewerkschaften die Benutzung der Rechtsfähigkeit ermöglicht, ohne daß sie in ihrer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit gehemmt werden. In der Form des Entwurfes ist das Gesetz für die christlichen Gewerkschaften unannehmbar.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Vor dem Reichstag.

Die Vorlage ist im Reichstag schon zur Beratung gekommen. Von allen Rednern mit Ausnahme der äußersten Rechten ist sie in der vorliegenden Form für die Gewerkschaften als unannehmbar bezeichnet worden. Sehr treffend bemerkte ein Abgeordneter, es sei die blutigste Kritik dieses Entwurfes, daß gerade diejenigen als seine wärmsten Befürworter aufgetreten seien, die sonst die bittersten Gegner seines Grundgedankens waren.

Unser Kollege Abg. Giesberts hat sich in seiner Rede zu dem Entwurf besonders gegen die engen Grenzen desselben gerandt. Es sei eine Ungerechtigkeit, die Land- und Staatsarbeiter, wie auch die an Wasser und Licht beschäftigten Arbeiter durch diesen Entwurf unter ein Ausnahmegesetz zu stellen, ihnen das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Eingehend begründete Kollege Giesberts das Koalitionsrecht der Landarbeiter, die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit desselben. Unser christlicher Metallarbeiterverband ist seit jeher mit aller Entschiedenheit für das Koalitionsrecht der Landarbeiter eingetreten und die diesbezüglichen Ausführungen des Kollegen Giesberts in der Reichstagsitzung vom 26. Nov. erscheinen uns wichtig genug, sie auch in unserem Organ im Wortlaut zu bringen. Nach dem Bericht der Köln. Volksztg. führte er aus:

„In dieser Frage muß ich mich nun zunächst einmal an die rechte Seite des Hauses wenden. Ich bedauere ganz außerordentlich die ungerechtfertigte Abneigung, die man gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter auf der rechten Seite dieses Hauses und zum Teil auch vielleicht bei meinen politischen Freunden hat. (Hört, hört! links). Ich muß mich auch dagegen wenden, daß man immer die Folgen des Koalitionsrechtes in der blutrünstigsten Weise den Landwirten vormacht. Da wird ihnen erzählt, euer Vieh wird nicht gefüttert, eure Ernte verkauft, eure Kartoffeln erfrieren usw. Die agrarische Presse hat in der Weise so schwer gesündigt und hat die Landwirte so irre geführt, daß ich wirklich gespannt bin, wie sie sich auf die Dauer mit den Tatsachen abfinden werden.

Ich habe mich einmal mit einem politisch ziemlich aufgeklärten Landwirt über die Frage unterhalten, und der sagte mir: Halten Sie es wirklich für richtig, daß das Gefinde jeden Tag weglaufen und die Arbeit hinschmeißen kann? Ähnlich hat sich ja auch vor einigen Tagen Staatssekretär Graf Posadowski ausgesprochen. Aber das sind doch keineswegs die Folgen des Koalitionsrechtes der Landarbeiter. Im Gegenteil, das sind lediglich Folgen der Organisationslosigkeit, denn organisierte Arbeiter begehen einen solchen Kontraktbruch nicht. (Sehr wahr! links und im Zentrum). Lassen Ihnen (nach rechts) die Arbeiter nicht heute schon oder vielmehr erst recht fort und dabei sind Sie heute dem einzelnen Arbeiter gegenüber vollkommen machtlos. Schließen Sie aber Verträge mit einer geordneten Organisation ab, dann haben Sie einen Gegenkontrahent, den Sie verantwortlich machen können, und der sich auch verantwortlich fühlt. Denn das glaube ich hier erklären zu können, wenn die Arbeiter einen Vertrag abschließen, wenn wir den Tarifvertrag von Organisation zu Organisation eingehen, dann betrachten wir es als Ehrenpflicht ihn auch zu halten. (Beifall links und im Zentrum). Der Bruch eines Vertrages würde auch von den Gewerkschaften nie gebilligt werden. Die Herren (nach rechts) werden zu keiner Zeit den Beweis erbringen,

daß je eine Gewerkschaft einen Kontraktbruch nach dieser Seite hin empfohlen, befürwortet oder unterstützt hätte.

Auch die Schlussfolgerungen, die von Ihnen (nach rechts) gezogen werden, sind vollständig verkehrt. Gerade weil heute unter den Landarbeitern vollständige Organisationslosigkeit herrscht, weil sie schließlich nicht anders zu helfen wissen, deshalb werfen sie die Arbeit hin und begehen Kontraktbruch. Nun wird weiter eingewendet: Mit der Zubilligung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter kommt die böse Sozialdemokratie auf Land. Wenn Sie (nach rechts) wirklich Umschau halten wollen, dann werden Sie finden, daß wir gar nicht darauf zu warten brauchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

Die Sozialdemokraten sind schon da, und der Unterschied ist nur der, daß sie sich nicht an die Öffentlichkeit wagen, daß sie in geheimen Konventikeln tätig sind. Wenn Sie sich an die Zeit des Sozialistengesetzes erinnern, so werden Sie zugeben müssen, daß die in der Öffentlichkeit geknebelte Arbeitererschaft sich heimlich organisierte, und daß die geheimen Konventikel die Brutstätten sozialdemokratischer Reinkulturen wurden.

Und dann bedenken Sie, welche Waffen Sie der sozialistischen Agitation in die Hand geben. Jetzt geht die Sozialdemokratie auf Paul und predigt den Landarbeitern: Die Arbeitgeber dürfen sich nicht zusammenschließen, eure städtischen Kollegen dürfen sich nicht zusammenschließen, wenn ihr euch aber koalieren, wenn ihr zur Verbesserung eurer Arbeits- und Wohnverhältnisse zusammentreten wollt, werdet ihr ins Gefängnis gesteckt. Wie denken Sie (nach rechts), daß das auf die Landarbeiter wirken muß? Nicht das Koalitionsrecht bringt die Sozialdemokratie auf Land, sondern seine Verweigerung. (Sehr richtig! links und im Zentrum). Und schließlich möchte ich die Sozialdemokratie auch vor dieser Schwierigkeit nicht: Sie hat Geld, sie hat agitatorische Macht genug, um auch dieser Schwierigkeit Herr zu werden. Deshalb kann ich nur immer wieder sagen: Räumen Sie diesen Stein des Anstoßes weg. Schließen Sie der Sozialdemokratie die Waffe aus der Hand. (Beifall links und im Zentrum).

Der Staatssekretär glaubt, für die Landflucht der Landarbeiter auch das psychologische Moment geltend machen zu sollen, daß es den Arbeitern der Stadt besser gefalle. Das mag sein. Es kann naturgemäß in der Stadt auch besser für die Arbeiter gesorgt werden, als auf dem Lande. Aber ich möchte glauben, daß hierbei doch auch noch ein anderes psychologisches Moment in hervorragender Weise mitspielt: das Gefühl der Unfreiheit und Unterdrückung und der daraus resultierende Mangel an Arbeitslust und Berufsfreudigkeit. Das Gefühl, daß der Arbeiter sich auf dem Lande völlig isoliert sieht, daß er gar nicht mit der Kulturwelt in Verbindung kommt, das ist es, was den Arbeiter vielfach vom Lande fortreibt.

Es gibt noch eine Reihe anderer Gründe, die für das Koalitionsrecht der Landarbeiter sprechen. Zunächst der Grundsatz: Gleiches Recht für alle. Ländlichen Arbeitgebern haben das Recht, sich zu koalieren, aber nicht die ländlichen Arbeitnehmer. Ein anderes Moment ist folgendes: Die Landwirtschaft braucht tüchtige Arbeiter, sie wird unter ganz anderen Verhältnissen betrieben, wie vor 50 Jahren. Die Anwendung von Maschinen gibt ihr einen industriellen Charakter. Wenn die Landwirte auf dieser Höhe bleiben wollen, müssen sie tüchtiges Personal haben, und das erziehen sie sich nicht aus Leuten, die unfrei sind. Wer den Arbeitern das Recht beschneidet, der kann nicht verlangen, daß sie mit ihrem Herzen der Arbeit hingeben. Unsere Industrie ist ein Beispiel dafür. Die Zeiten, in denen sich die soziale Gesetzgebung bemerkbar machte, sind Zeiten des industriellen Aufschwunges.

Warum betrachtet man ferner das Koalitionsrecht immer unter dem Gesichtspunkt der Streikmöglichkeit? Es gibt doch noch viele Gesichtspunkte außerhalb des Streiks. Es ist auch noch eine große Frage, ob der Streik eine erfolgreiche Waffe für den Landarbeiter bildet. Damit will ich ihnen das Recht zum Streik nicht absprechen. Während Süddeutschland und in Oldenburg die Landarbeiter das Koalitionsrecht haben, ist das in Preußen nicht der Fall. Preußen scheint sich das Optimum des aktionären Staates erhalten zu wollen. (Beifall! Sehr richtig! im Zentrum und links.) Schließen Sie man sich in der Welt schämen, ein Preußen zu sein (laute Chorufe rechts; Heiterkeit und lebhaft Zustimmung links und im Zentrum), wenn man in Preußen mit Ausnahmegeetzen vorgeht, die absolut keinen Zweck haben.

Soweit die Ausführungen **Giesberts** zum Abstraktionsrecht der Landarbeiter, dem sich die Kritik des Gesekuntwurfs bezüglich der andern Bestimmungen angeschlossen. Die Vorlage ist an eine 28gliedrige Kommission verwiesen worden, die eine nicht leichte Aufgabe zu lösen hat, um ein brauchbares Gesetz daraus zu gestalten. Große Hoffnungen wollen wir uns nicht machen. Wenn auch der Reichstag aus der Vorlage etwas brauchbares machen wird, muß die Zustimmung des Bundesrats erfolgen und nach den Ausführungen des Staatssekretärs v. Podawinski im Reichstag wird man von der Seite das nötige Entgegenkommen wohl kaum erwarten können. Wird nichts aus dem Entwurf, so werden sich die Gewerkschaften zu trösten und mit dem bisherigen Zustand abzufinden wissen.

Die Unfallgefahr im Gießereibetrieb

Ist erfahrungsgemäß besonders groß. Am schwersten werden die Gießereiarbeiter von Brandwunden heimgesucht; insbesondere sind die Füße sehr gefährdet. Begrüßenswert sind deshalb die Erhebungen über Fußverbrennungen in Gießereien, die im letzten Bericht der Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-Berufsgenossenschaft, Sektion VI, veröffentlicht werden.

Im August 1903 wurde mit dieser Statistik begonnen, die Ende 1905 zum Abschluß gekommen ist. Ueber das Gesamtergebnis wird folgendes berichtet:

Es wurde nur die innerhalb unserer Berufsgenossenschaft erhobene Statistik bearbeitet. Von August 1903 bis 31. Dezember 1905 gingen im ganzen 247 Anzeigen über Fußverbrennungen ein. Von diesen Unfällen wurden 244 durch geschmolzenes Eisen und 3 durch anderes flüssiges Metall hervorgerufen. Das glühend flüssige Material kam in 238 Fällen aus Gießepfannen und in 9 Fällen aus Tiegeln. Beim Abfangen am Schmelzofen kamen 43, beim Transport 109 und beim Gießen 95 Unfälle vor. 109 mal wurden der rechte Fuß, 121 mal der linke Fuß und 17 mal beide Füße verletzt.

Da das häufige Vorkommen von Fußverbrennungen aus leicht ersichtlichen Gründen viel von der Art der Fußbekleidung abhängt, so wurden auch Ermittlungen darüber angestellt, welche Fußbekleidung im allgemeinen von den Gießereiarbeitern getragen wurde und welche die Verletzten zur Zeit des Unfalls gerade trugen. Das Ergebnis dieser Feststellungen, soweit die Angaben zuverlässig gemacht wurden, ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Die Zahl derjenigen Gießereiarbeiter, deren Fußbekleidung ermittelt wurde betrug 9.488	Von diesen trugen:	Art der Fußbekleidung	Verletzte	Auf je 10000 Arbeiter entfallen Unfälle
1618	Zugstiefel	17	Verletzte	105
1367	Schaftstiefel	21	"	155
50	Holzschuhe	9	"	180
22	Schnallenschuhe	4	"	180
475	Holzpanntinnen	10	"	230
4008	Schnürschuhe	145	"	362
1018	Halbschuhe	41	"	405
e. 9148		247 Verletzte.		

Betrachtet man die Zahlen in der letzten Spalte der Tabelle und die zugehörige Schuhart, so findet man das bemerkenswerte Ergebnis, daß sich in Gießereien die Zugstiefel (mit Gummieinlage) am besten und die Halb- und Schnürschuhe am schlechtesten gegen Fußverbrennungen bewährt haben. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit der Ansicht vieler Sachleute, die sowohl schriftlich wie mündlich über die Zweckmäßigkeit der Fußbekleidung für Gießereiarbeiter geäußert wurden, wenn auch deren Ansichten über diesen Punkt, wie hier gleichfalls bemerkt sein mag, oft sehr weit auseinander gingen. Die große Zweckmäßigkeit der Zugstiefel ist dadurch zu erklären, daß diese den Fuß bis über die Knöchel dicht umschließen und dem durch irgend einen Zufall den Fuß treffenden glühenden Metall nur schwer Einlaß gewähren. Wenn aber trotzdem geschmolzenes Metall eingedrungen ist, so sind Zugstiefel im Augenblick von den Füßen zu entfernen, wodurch die Schwere der Verbrennung auf ein Minimum herabgerückt wird. Schaftstiefel schützen den Fuß wohl ziemlich hoch, umschließen ihn jedoch nicht so eng wie Zugstiefel und können bei einer Verbrennung nicht so schnell ausgezogen werden, wodurch oft erhebliche Verletzungen entstehen. Holzschuhe und Schnallenschuhe haben die gleiche Gefährlichkeit erlitten. Die ersteren können nach dem Eindringen von glühendem Metall schnell ausgezogen werden, die letzteren gewähren dem Fuße einen ausgedehnten Schutz, sind aber nicht so schnell vom Fuße zu ent-

fernen. Die Vor- und Nachteile dieser beiden Schuhgattungen gleichen sich gewissermaßen aus, wodurch das Ergebnis der gleichen Gefährlichkeit seine Erklärung findet. Die größere Gefährlichkeit der Holzpanntinnen (darunter sind Schuhe mit Holzsohle und Lederkappe zur Bedeckung der vorderen Fußhälfte verstanden) erklärt sich daraus, daß diese den Fuß verhältnismäßig wenig umgeben. Sie können aber sehr leicht vom Fuße abgestreift werden. Schnürschuhe und namentlich Halbschuhe haben sich gegen Fußverbrennungen, wie die Statistik gezeigt hat, am schlechtesten bewährt. Beide Schuharten können nach dem Eindringen von glühendem Metall erst nach dem Lösen der Schnürriemen, also in verhältnismäßig langer Zeit, vom Fuße entfernt werden. Die Halbschuhe gewähren außerdem einen sehr geringen Schutz, weil sie nur den eigentlichen Fuß umgeben. Dazu kommt noch die Tatsache, daß bei den meist abgetragenen Schnürschuhen sehr häufig die Lederzunge hinter den Schnürriemen fehlt, wodurch der Fuß noch weniger geschützt ist. Die Statistik hat ergeben, daß bei Schnür- bezw. Halbschuhen fast 3,5 bis 4 mal so viele Fußverbrennungen vorgekommen sind als bei Zugstiefeln. Es ist dieses ein sehr wichtiges Ergebnis, welches im Interesse der Unfallverhütung verdient, in Kreise der Gießereiarbeiter bekannt gemacht zu werden, zumal Zugstiefel im Tragen mindestens ebenso leicht und angenehm sind, wie alle anderen aufgeführten Schuharten.

Für alle Gießereiarbeiter dürften diese statistischen Erhebungen mit den daran geknüpften Schlussfolgerungen sehr wertvoll sein. Solche Fragen eignen sich auch zur Besprechung in den Versammlungen, um die Kollegen so wach besonders auf dieses wichtige Gebiet aufmerksam zu machen, um ihnen auch Gelegenheit zu geben, die selbst gemachten Erfahrungen gegenseitig auszutauschen und daraus zu lernen. Die genaue Kenntnis der Gefahren sowie der bestehenden Arbeiterschutzvorschriften sind die erste Voraussetzung zur Verhütung von Unfällen und einer strikten Durchführung unserer Arbeiterschutzgesetze.

Eine deutliche Absage

wird den Hirsch-Dunderschen aus dem Lager der evangelischen Arbeitervereine, von deren oberster Leitung zu teil Seit die Hirsch-Dunderschen Führer wie betrübte Lohgerber die Felle fortschwimmen, den Boden unter ihren Füßen wanken sehen, haben sie mit gewaltigen Anstrengungen versucht, Rückhalt und Stütze in den evangelischen Arbeitervereinen zu finden. Das Liebeswerben wirkte allerdings um so komischer, als die H.-D. Führer sonst stets darauf pochten, ohne irgend welche Stütze, allein auf eigenen Füßen die „fundamentalen Grundsätze“ ihrer Bewegung hochhalten zu können. Jetzt greifen sie sogar zu dem schmutzigen Mittel konfessioneller Hebe, um bei den evangelischen Arbeitern im Trüben fischen zu können. Doch all ihr Liebeswerben, auch ihre Hebeversuche sind vergeblich. Die evangelischen Arbeiter erblicken in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung ihre berufene wirtschaftliche Interessenvertretung und die evangelischen Arbeitervereine haben diese ihre Stellungnahme schon wiederholt öffentlich zum Ausdruck gebracht. Der gemeinsame Aufruf an die Mitglieder der evangelischen und katholischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften war ein öffentliches Dokument der gegenseitigen Waffenbrüderschaft.

Im „Evangelischen Arbeiterboten“ hat sich infolge dieses Aufrufs und einer damit zusammenhängenden Konferenz evangelischer Arbeiter-Vereine und christlicher Gewerkschaften in Essen letzthin eine Auseinandersetzung entsponnen, die den Vorsitzenden des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, Herrn Lic. Weber in Gladbach, zu folgender Erklärung im „Reich“-Blatt veranlaßte:

Auf den in Nr. 48 des „Evangelischen Arbeiterboten“ gegen mich erfolgten Angriff des Herrn Barnholt erkläre ich folgendes:

1. Auch heute noch stehe ich zu dem von mir selbst formulierten Satz 3 der Beschlüsse des Ausschusses vom 5. Oktober 1905. Wer damit steht eine Empfehlung der christlichen Gewerkschaften und des Zusammengehens mit ihnen an sich noch nicht im Widerspruch. Wir stehen mit den christlichen Gewerkschaften seit dem Frankfurter Arbeiterkongress in einem Kartell und einer Waffenbrüderschaft, wie wir mit den Hirsch-Dunderschen nicht stehen und nie gestanden haben. Da erscheint es mir ganz selbstverständlich, daß diese beiden Organisationen sich gegenseitig ihre Mitglieder zuweisen, da

sie beide ein Interesse daran haben, sich gegenseitig zu stärken. Die Antastung der ehrlichen Wertsichten der Vertreter der christlichen Gewerkschaften bei dem Aufruf weise ich aufs entschiedenste zurück. Ich kenne die Herren und vertraue ihnen.

2. Was die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften angeht, so bestreite ich ihnen so lange die Eigenschaft, „der Pflege der christlich-nationalen Ideen Freiheit zu lassen“, als die Angaben in der Broschüre: „Sind die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften wirklich neutral?“ (Bochum, Kathol. Arbeitersekretariat, Wilhelmstraße 9) nicht von denselben widerlegt worden sind. Ich kann allen, die sich für die Sache interessieren, das Studium dieser Broschüre nur dringend empfehlen. So scheidet also für mich die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt aus der Reihe derer aus, die nach dem Wortlaut des Ausschussesbeschlusses „der Pflege der christlich-nationalen Ideen Freiheit zu lassen“, und es bleiben für mich nur die christlichen.

3. Damit will ich keinen wahrhaft evangelischen Mann, der in den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ist, verletzen, aber er hat nach meiner Überzeugung nun die heilige Pflicht, gegen derartige Äußerungen des offenen Unglaubens und der Herabwürdigung des Christentums der Bibel und der Kirche und gegen eine derartige Verwischung des Unterschiedes von der Sozialdemokratie, wie sie in den Zitaten jener Broschüre zum Ausdruck kommt, mannhaft zu protestieren und entweder eine Aenderung herbeizuführen oder auszutreten.

Stz. Weber.

Diese Absage ist deutlich genug. Sie wird den Hirsch-Dunderschen Führern zeigen, daß auch dieser letzte Rettungsanker für sie verloren ist, da sie anscheinend noch immer naiv genug waren, sich nach der Richtung hin Hoffnungen zu machen. Die evangelischen Arbeitervereine lehnen es mit Recht ab, die grundsätz- und prinzipienlosen, und in Konsequenz dessen auch religionsfeindlichen Hirsch-Dunderschen Organisationen vor dem Verfall zu bewahren.

Wohin die Reise geht mit dieser Richtung, müssen die Berliner Generalräte bald mit Schweden selbst einsehen. Ein Beispiel dafür aus den letzten Tagen.

Das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Richtung, „Der Gewerkschaft“, muß zu seinem „nicht geringen Erstaunen“ folgende Meldung der Hirsch-Dunderschen Mitteldeutschen Volkszeitung verzeichnen:

„Farnroda. Vor etwa vierzehn Tagen wurde hier ein Volksverein sozialdemokratischer Richtung gegründet. Das Hauptkontingent der Mitglieder stellte der hiesige Gewerkschaft der Maschinenbauer (Hirsch-Dundersche), ohne dessen Hilfe die Sache jedenfalls wieder ins Wasser gefallen wäre. Man darf wohl gespannt sein, wie sich mit der sozialdemokratischen Partei zusammen arbeiten läßt, ohne seiner wirtschaftlichen Organisation im Gewerkschaftsverein etwas zu vergeben.“

Das Hirsch-Dundersche Zentralorgan hält „ein solches Zusammenarbeiten grundsätzlich und praktisch für unmöglich“, und bezeichnet das Vorgehen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in Farnroda als „rätselhaft und bedauerlich.“

Anderer Leute, die weniger naiv wie die Hirsch-Dunderschen Generalräte sind, werden dazwischenliegende Erscheinungen durchaus nicht rätselhaft finden können. Im Gegenteil; sie sind die natürliche Folge der in den Hirsch-Dunderschen Vereinen großgezogenen Prinzipienlosigkeit, die dahin führen muß, wo die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften enden werden, nämlich zur religionsfeindlichen Sozialdemokratie. Das Sammeln der Generalräte wird diese Entwicklung nicht aufzuhalten vermögen. Heute schon sind ein bedenklich großer Prozentsatz der Hirsch-Dunderschen in Rheinland und Westfalen mehr wie zwei Drittel aller Mitglieder ausgewachsene Sozialdemokraten. Das mag auch eine Lösung der von Herrn Lic. Weber angeschnittenen Frage sein, warum aus den Reihen der Hirsch-Dunderschen keine Proteste gegen die Herabwürdigung des Christentums und der Kirche durch Hirsch-Dundersche Organe bekannt werden.

Die christliche Arbeiterschaft Deutschlands hat mit Recht in diesen Organisationen niemals die ihnen zugewandte Interessenvertretung erblicken können. Nach der neueren Entwicklung stehen sie uns als fanatische Gegner gegenüber. Die reinliche Scheidung vollzieht sich zwar langsam, dürfte aber von christlicher Seite noch mehr beschleunigt werden. Die

deutliche Absage seitens der Leitung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine hat nach der Richtung hin wieder sehr klärend gewirkt.

Man braucht kein großer Prophet, auch durchaus nicht von Machtvoller befallen zu sein, wie die S.-D. „Westl. Arbeiter-Post“ meint, um heute schon mit aller Bestimmtheit sagen zu können: Die Arbeiterbewegung der Zukunft wird nur zwei Richtungen kennen. Eine auf der Weltanschauung des Materialismus, welche die sozialistischen Ideen zur Verwirklichung bringen will und eine andere entgegengelegte auf der Weltanschauung des Christentums, die im Rahmen der gegenwärtigen Staatsordnung die Gleichberechtigung der arbeitenden Bevölkerung erstrebt. Was sich dazwischen schieben will, wird stets zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein.

Eine Lebensfrage für die Scharfmacher

Ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen (gemeint sind die christlichen Gewerkschaften). So verkündet es das Sprachrohr der Scharfmacher, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, in einem Rückblick auf die 25 Jahre deutscher Sozialpolitik. Es braucht uns dieses zwar nicht weiter zu verwundern, nachdem schon Kirdorf und andere Industriellen die christlich-nationale Arbeiterbewegung als schlimmer wie die sozialdemokratische bezeichnet haben. Es ist dies auch durchaus nicht tragisch zu nehmen, im Gegenteil, das kann der christlichen Gewerkschaftsbewegung nur zur Ehre gereichen.

Das Scharfmacherblatt steht einer energischen Sozialreform natürlich ablehnend gegenüber. Es sei ja doch nichts im Stande, die Begehrlichkeit und Unzufriedenheit der Arbeitermassen zu beschwichtigen. Das zeige das fortwährende Anwachsen der Sozialdemokratie trotz der weitgehenden staatlichen Arbeiterfürsorge. Wenn von den Freunden der Sozialreform nun auf das Erstarken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hingewiesen werde, „so müssen wir dem entgegenhalten“, schreibt das Blatt, „daß hier eine vielleicht nicht absichtliche, wohl aber tatsächliche Irreführung der öffentlichen Meinung vorliegt.“

Dann geht es weiter in unverfälschten Scharfmachertönen:

„Der prozentuale Anteil, den die nichtsozialistischen Arbeitervereinigungen an dem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterorganisationen haben, ist verschwindend gering gegen den der sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, daß die ersteren sich, wie neuerlich gelegentlich der Versammlung im Zürichs-Buch, als die künftigen Erben der Arbeiterbewegung gebärden. Außerdem aber müssen wir rund heraus sagen, daß in gewisser Hinsicht die nicht sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen an Gefährlichkeit ihrer politisch radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Es mag sein, daß sie nicht staatsrevolutionär sind. Aber sie sind wirtschaftsrevolutionär, d. h. sie laufen ebenso wie jene Sturm auf die Position derjenigen Erwerbsklasse, die Bismarck, und mit ihm wohl auch seine Amtsnachfolger, für absolut unerlässlich im Sinne der geltenden Wirtschaftsordnung erklärten. Auch sie huldigen dem historischen Materialismus und stehen de facto auf dem Boden des kommunistischen Manifestes. Auch sie streben die Expropriierung der Betriebsmittel an; sie wollen zunächst zum mindesten eine konstitutionelle Fabrikordnung, treffen also in ihren wirtschaftlichen Zielen vollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen. Daß sie ihre Versammlungen mit einem Hoch auf den König oder mit einem Gebet eröffnen, ändert nichts an der Bedenklichkeit ihrer ökonomischen Umsturzpläne. Der König, der der Arbeiter wird eben ein Arbeiterkönig, ein „roi des queux“, oder, da es in dem erträumten Zukunftsstaat keine „Geusen“, keine Proletarier geben wird, eine Art Präsident von Gottes- und Volksgnaden sein. Die Kirche aber ordnet sich dem kommunistischen Programm noch leichter ein; sie wird eben nur zu den Zuständen des kommunistischen Christentums zurückzukehren brauchen. Es bietet also durchaus keine Schwierigkeiten, ein wirtschaftlich durchaus umstürzlerisches Programm mit der Anhänglichkeit an Thron und Altar zu vereinen. Somit ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, soweit diese in dem angegebenen Maße arbeitgeberfeindlich sind, für die Arbeitgeber selbstverständlich eine Lebensfrage.“

In Gefährlichkeit soll also unsere Richtung der politisch-radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Wir glauben es der Arbeitgeberzeitung wie wir es auch den Herren Kirdorf und Tille nachfühlen können, daß wir den Geldsackinteressen der großkapitalistischen Scharfmacher ebenso oder tatsächlich noch gefährlicher erscheinen. Daß die christlichen Gewerkschaften eine konstitutionelle Fabrikordnung, d. h. ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages erstreben, genügt schon, um von die zu den Leuten als wirtschaftsrevolutionär und unheilvoll bezeichnet zu werden. Mit den Tatsachen direkt im Widerspruch stehen jedoch die leichtfertigen Behauptungen

ungen der Arbeitgeberzeitg., die christlichen Gewerkschaften huldigen dem historischen Materialismus, ständen auf dem Boden des kommunistischen Manifestes und erstrebten die Expropriierung der Betriebsmittel an.

Diese Auslassungen verraten eine grenzenlose Unkenntnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wenn man nicht Bosheit, in diesem Falle Behauptungen wider besseres Wissen annehmen will. Zu verwundern bleibt da, daß das Scharfmacherblatt sich zu dem Eingeständnis bequemt, die christliche Arbeiterbewegung sei nicht staats- und nicht staatsfeindlich und könne ihre wirtschaftlichen Ziele im Rahmen der bestehenden Verhältnisse mit dem Christentum vereinbaren.

Dieses Eingeständnis des Scharfmacherorgans ist in diesem Zusammenhang wertvoll. Nicht weil uns etwas an dessen Urteil gelegen wäre, sondern weil es damit selbst den krassen profitgierigen Standpunkt der von ihm vertretenen Kreise kennzeichnet. Mit andern Worten sagt das Blatt hier: Auch eine Arbeiterbewegung, die staatsfeindlich, im Geiste des Christentums die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten will, wird von uns bekämpft, wir betrachten diese Bekämpfung als unsere Lebensaufgabe, weil die Bewegung unsern Geldsackinteressen gefährlich, unserm Herrenmenschtum ungesund ist. Weiter geht bei diesen Leuten der Patriotismus und die Rücksicht auf das Allgemeinwohl nicht. Sie denken nur an sich, an ihren Geldbeutel, an ihre Klasse. Was sich ihnen da in den Weg stellt, wird unbezweifelnd bekämpft. Das ist Klassenkampf in ebenso krasser Form wie er auch von sozialdemokratischer Seite getrieben wird. Nur darüber wird man im Zweifel sein können, auf welcher Seite er am verwerflichsten ist.

Die Scharfmacher werden nun trotz allem die Welt nicht aus den Angeln heben. Mögen sie sich noch so sehr gegen das konstitutionelle System im Arbeitsverhältnis sträuben, kommen wird es doch, wie es auch in Rußland gekommen ist, wo noch mächtigere Leute wie Kirdorf, Buel, Tille, Bäumer usw. sich mit der Kraft der Verzweiflung dagegen gestemmt haben. Der Siegeszug der Arbeiterorganisationen wird die reife Frucht zum Fall bringen.

Den christlichen Gewerkschaften wird die erneute Kriegserklärung der Arbeitgeberzeitung wenig Kopfschmerzen bereiten. Sie werden auf der betretenen Bahn vorwärts schreiten, werden weiter die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten wissen und sich weder von rechts noch links darin beirren lassen.

Eisenverbrauch im laufenden Jahre.

Ganz gewaltige Mengen Eisen sind dem inländischen Verbrauch im laufenden Jahre zugeführt worden, so umfangreich, daß der Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung vom Jahre 1900 nicht nur erreicht, sondern sogar erheblich überschritten werden dürfte. So berichtet die Kölnische Volkszeitung und schreibt dann weiter:

Sind doch bereits in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf den Kopf der Bevölkerung 109,92 Kil. Eisen verbraucht worden, während es im ganzen Jahre 1900 131,1 Kil. gewesen waren. Daß die beiden letzten Monate nicht hinter den bisher verfloßenen zurückbleiben werden, ist bei der andauernd guten Nachfrage wohl anzunehmen; deshalb ist ein Verbrauch von mindestens 22,50 Kil. im November und Dezember zu erwarten. Die Zahl des ganzen Verbrauchs hat die des ganzen Jahres 1900 natürlich schon jetzt überschritten, da bei der Berechnung auf den Kopf der monatliche Zuwachs der Bevölkerung berücksichtigt ist. Insgesamt stellt sich die Versorgung Deutschlands, berechnet aus der Erzeugung, abzüglich des Ausfuhrüberschusses, in den ersten zehn Monaten auf Tonnen

	1904	1905	1906
Erzeugung	8 399 492	8 970 539	10 348 857
+ Einfuhr	390 440	370 498	713 124
- Ausfuhr	3 234 623	3 696 612	4 236 888
Verbrauch	5 555 313	5 644 425	6 828 093

Bei einem Blick auf diese Zusammenstellung fällt sofort ins Auge, einen welcher ungeheuren Anteil die ausländische Zufuhr an der diesjährigen größeren Versorgung hat. Wohl ist auch der Anteil der inländischen Erzeugung an der Versorgung gewachsen; aber sie hat schließlich nur mäßige Ausdehnung erfahren, die auf jeden Fall nicht als Uebererzeugung bezeichnet werden kann, wie es im Jahre 1900 der Fall war. Denn wenn die diesjährige Roh-eisengewinnung im Verlauf der ersten zehn Monate gegenüber der letztjährigen einen Vorsprung von 15 Prozent aufweist, so ist dies angesichts der Tatsache, daß der große Ausstand der Bergarbeiter im Jahre 1905 nicht ohne Wirkung auf die Roh-eisenerzeugung blieb und sogar auf den Kopf der Bevölkerung einen Rückgang gegenüber dem Jahre 1901 veranlaßte, nicht auffallend. Dabei ist es auch gleichgültig,

ob Kosten- oder Arbeitermangel noch größere Ausdehnung verhindern; auf jeden Fall hat die Roh-eisengewinnung in diesem Jahre mehr Maß gehalten, als im Jahre 1899/1900.

Besonders stark war die Entwicklung der Eisfuhr. Obwohl schon im Jahre 1905 der deutsche Markt sich als äußerst aufnahmefähig zeigte, um die inländische Erzeugung dieser Entwicklung nicht im gleichen Maße folgte, war das Ausland doch der Versorgung des deutschen Marktes noch ziemlich wenig beteiligt; es schränkte seine Versendungen nach Deutschland sogar ein. Im laufenden Jahre dagegen wuchs der Anteil, den das Ausland zu der heimischen Versorgung stellt, derart an, daß er in den ersten zehn Monaten die vorjährige Menge bereits um rund 94 Prozent überschreitet, also fast nahe das Doppelte der damaligen Einfuhr betrug. Allein im Oktober wurden insgesamt 99 518 Tonnen Eisen eingeführt, gegen 37 834 im Oktober 1905 und 37 998 Tonnen 1904; das ist also das Zweieinhalbfache der vorjährigen Mengen. So große Steigerung zeigte die Eisenausfuhr nicht; immerhin war angesichts der heimischen Marktlage noch recht beträchtlich. Trotzdem vielfach im Lande selbst über Mangel an Roh-eisen und Halbzeug geklagt wurde, wurden doch in dem bisher verfloßenen Zeitraum 540 300 Tonnen oder 14,62 Proz. dem inländischen Markt durch die Ausfuhr mehr entzogen, als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1905. Diese Zunahme hält mit der vorjährigen Schritt, die sich auf 14,28 Proz. belief. Bis in den September dieses Jahres hinein hatte die Ausfuhr von Halbzeug und Fertigerzeugnissen äußerst stark zugenommen, während die Steigerung der Roh-eisenausfuhr sich in mäßigen Grenzen bewegte. Im Oktober hat sich indessen das Bild vollständig verändert; während Halbzeug und Fertigerzeugnisse nur wenig mehr ausgeführt wurden, als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1905, erfuhr die Roh-eisenausfuhr plötzliche, ganz auffallende Steigerung. Sie ging um nicht wenig auf 40 Prozent über die des Vorjahres hinaus.

Für uns Metallarbeiter sind die hier mitgeteilten Zahlen besonders interessant und wertvoll. Sie zeigen uns den gewaltigen Aufschwung der Eisenindustrie in den letzten Jahren. Ein Aufschwung, der zum großen Teil eine intensivere Tätigkeit der Metallarbeiter gezeitigt, ihnen aber leider nur einen geringen Anteil an dem vermehrten Ueberschuß gebracht hat. Ein großer Teil unserer Berufskollegen hat leider versäumt, durch Beitritt in die Organisationen diese selbst in die Lage zu versetzen, den Metallarbeitern den ihnen gebührenden Anteil an dem Ertrage der guten Konjunktur zu verschaffen. Wenn es wieder abwärts gehen wird, dann werden es viele spät einsehen, wie sie an ihren eigenen und den Gesamtinteressen ihres Standes gesündigt haben.

Aus dem Dillkreis.

Am 10. Dez. vorigen Jahres fand in Dillenburg eine von rund 500 Arbeitern besuchte Versammlung statt, um endlich einmal dem schon längst bitter empfundenen Mangel eines „Gewerbegerichts“ Ausdruck zu geben. Es wurde daraufhin der Antrag auf Errichtung eines solchen Gerichts der zuständigen Stelle übermittelt und zwar mit dem traurigen Erfolg, daß der Antrag am 19. Nov. 1906 vom Kreisrat abgelehnt worden ist. Also ein ganzes Jahr geht heinahe ins Land, solange dauern die Beratungen und Erwägungen, und dann solch ein trübendes Resultat! Man sollte doch meinen, unsere Arbeiterschaft zöge endlich einmal die Schlafmütze herunter und stärke die Institutionen, die allein die Möglichkeit verschaffen, um unsere wirtschaftlichen Interessen mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Darum aufgewacht! ihr Hütten- und Walzwerksarbeiter, ergreift den Weg der Selbsthilfe, tretet ein in die Organisation!

Interessant ist aber auch, wie dem „Rassau Volksfreund“ vom 4. Dezember über die Gewerbegerichtsfrage von einem Mitarbeiter geschrieben wird:

„Auch die Gewerbegerichte und deren Tätigkeit als Einigungsamt bürgern sich mehr und mehr ein, dank hauptsächlich der hervorragenden Geschicklichkeit und Objektivität ihrer Leiter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen mehr und mehr ihren Segen, ihre Vertreter finden in dem gemeinsamen Bestreben zusammen, gerechtere Urteile zu fällen und dem Streit vorzubeugen, man kann auf sie und ihre weitere Entwicklung als Förderer des wirtschaftlichen Friedens große Hoffnungen setzen. Ihre etwa vorhandenen Gegner sind zu wenig zahlreich, um eine Gefahr für sie zu bilden.“

deutliche Absage seitens der Leitung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine hat nach der Richtung hin wieder sehr klärend gewirkt.

Man braucht kein großer Prophet, auch durchaus nicht von Machtvoller besessen zu sein, wie die S.-D. „Westl. Arbeiter-Post“ meint, um heute schon mit aller Bestimmtheit sagen zu können: Die Arbeiterbewegung der Zukunft wird nur zwei Richtungen kennen. Eine auf der Weltanschauung des Materialismus, welche die sozialistischen Ideen zur Verwirklichung bringen will und eine andere entgegengelegte auf der Weltanschauung des Christentums, die im Rahmen der gegenwärtigen Staatsordnung die Gleichberechtigung der arbeitenden Bevölkerung erstrebt. Was sich dazwischen schieben will, wird stets zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein.

Eine Lebensfrage für die Scharfmacher

Ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen (gemeint sind die christlichen Gewerkschaften). So verkündet es das Sprachrohr der Scharfmacher, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, in einem Rückblick auf die 25 Jahre deutscher Sozialpolitik. Es braucht uns dieses zwar nicht weiter zu wundern, nachdem schon Rirdorf und andere Industriellen die christlich-nationale Arbeiterbewegung als schlimmer wie die sozialdemokratische bezeichnet haben. Es ist dies auch durchaus nicht tragisch zu nehmen, im Gegenteil, das kann der christlichen Gewerkschaftsbewegung nur zur Ehre gereichen.

Das Scharfmacherblatt steht einer energischen Sozialreform natürlich ablehnend gegenüber. Es sei ja doch nichts im Stande, die Begehrlichkeit und Unzufriedenheit der Arbeitermassen zu beschwichtigen. Das zeige das fortwährende Anwachsen der Sozialdemokratie trotz der weitgehenden staatlichen Arbeiterfürsorge. Wenn von den Freunden der Sozialreform nun auf das Erstarken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hingewiesen werde, „so müssen wir dem entgegenhalten“, schreibt das Blatt, „daß hier eine vielleicht nicht absichtliche, wohl aber tatsächliche Fehrführung der öffentlichen Meinung vorliegt.“

Dann geht es weiter in unverfälschten Scharfmachertönen:

„Der prozentuale Anteil, den die nichtsozialistischen Arbeitervereinigungen an dem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterorganisationen haben, ist verhältnismäßig gering gegen den der sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, daß die ersteren sich, wie neuerlich gelegentlich der Versammlung im Zirkus Buch, als die künftigen Erben der Arbeiterbewegung gebärden. Außerdem aber müssen wir rühmend sagen, daß in gewisser Hinsicht die nicht sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen an Gefährlichkeit ihrer politisch radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Es mag sein, daß sie nicht staatsrevolutionär sind. Aber sie sind wirtschaftsrevolutionär, d. h. sie laufen ebenso wie jene Sturm auf die Position derjenigen Erwerbsklasse, die Bismarck, und mit ihm wohl auch seine Amtsnachfolger, für absolut unerlässlich im Sinne der geltenden Wirtschaftsordnung erklärten. Auch sie huldigen dem historischen Materialismus und stehen de facto auf dem Boden des kommunistischen Manifestes. Auch sie streben die Expropriierung der Betriebsmittel an; sie wollen zunächst zum mindesten eine konstitutionelle Fabrikordnung, treffen also in ihren wirtschaftlichen Zielen vollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen. Daß sie ihre Versammlungen mit einem Hoch auf den König oder mit einem Gebet eröffnen, ändert nichts an der Bedenklichkeit ihrer ökonomischen Umsturzpläne. Der König, der Arbeiter wird eben ein Arbeiterkönig, ein „roi des gueux“, oder, da es in dem erträumten Zukunftsstaat keine „Gueux“, keine Proletarier geben wird, eine Art Präsident von Gottes- und Volksgnaden sein. Die Kirche aber ordnet sich dem kommunistischen Programm noch leichter ein; sie wird eben nur zu den Zuständen des kommunistischen Archontentums zurückzukehren brauchen. Es bietet also durchaus keine Schwierigkeiten, ein wirtschaftlich durchaus umfänglichstes Programm mit der Anhänglichkeit an Thron und Altar zu vereinen. Somit ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, soweit diese in dem angegebenen Maße arbeitgeberfeindlich sind, für die Arbeitgeber selbstverständlich eine Lebensfrage.“

Die Gefährlichkeit soll also unsere Stützung der politisch-radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Wir glauben es der Arbeitgeberzeitung, wie wir es auch den Herren Rirdorf und Tille nachfühlen können, daß wir den Selbstzweck der großkapitalistischen Scharfmacher ebenso oder tatsächlich noch gefährlicher erscheinen. Daß die christlichen Gewerkschaften eine konstitutionelle Fabrikordnung, d. h. ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages erstreben, genügt schon, um von die einen als staatsrevolutionär und unzulässig bezeichnet zu werden. Mit den Tatsachen direkt im Widerspruch stehen jedoch die leichtfertigen Behauptungen

ungen der Arbeitgeberzeitg., die christlichen Gewerkschaften huldigten dem historischen Materialismus, ständen auf dem Boden des kommunistischen Manifestes und erstrebten die Expropriierung der Betriebsmittel an.

Diese Auslassungen verraten eine grenzenlose Unkenntnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wenn man nicht Bosheit, in diesem Falle Behauptungen wider besseres Wissen annehmen will. Zu verwundern bleibt da, daß das Scharfmacherblatt sich zu dem Eingeständnis bequemt, die christliche Arbeiterbewegung sei nicht staatsrevolutär und könne ihre wirtschaftlichen Ziele im Rahmen der bestehenden Ordnung mit dem Christentum vereinbaren.

Dieses Eingeständnis des Scharfmacherorgans ist in diesem Zusammenhang wertvoll. Nicht weiß es etwas an dessen Urteil gelegen wäre, sondern weiß es damit selbst den krassen profitgierigen Standpunkt der von ihm vertretenen Kreise kennzeichnet. Mit andern Worten sagt das Blatt hier: Auch eine Arbeiterbewegung, die staatsbehaltend, im Geiste des Christentums die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten will, wird von uns bekämpft, wir betrachten diese Bekämpfung als unsere Lebensaufgabe, weil die Bewegung unsern Selbstinteressen gefährlich, unermesslichen Schaden und unermesslichen Gewinn bringt. Weiter geht bei diesen Leuten der Patriotismus und die Rücksicht auf das Allgemeinwohl nicht. Sie denken nur an sich, an ihren Geldbeutel, an ihre Klasse. Was sich ihnen da in den Weg stellt, wird unbezweifelnd bekämpft. Das ist Klassenkampf in ebenso krasser Form wie er auch von sozialdemokratischer Seite getrieben wird. Nur darüber wird man im Zweifel sein können, auf welcher Seite er am verwerflichsten ist.

Die Scharfmacher werden nun trotz allem die Welt nicht aus den Angeln heben. Mögen sie sich doch so sehr gegen das konstitutionelle System im Arbeitsverhältnis sträuben, kommen wird es doch, wie es auch in Rußland gekommen ist, wo noch mächtigere Leute wie Rirdorf, Buef, Tille, Bäumer usw. sich mit der Kraft der Verzeiwilung dagegen gekennnt haben. Der Siegeszug der Arbeiterorganisationen wird die reife Frucht zum Fallen bringen.

Den christlichen Gewerkschaften wird die erneute Kriegserklärung der Arbeitberzitung wenig Kopfschmerzen bereiten. Sie werden auf der betretenen Bahn vorwärts schreiten, werden weiter die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten wissen und sich weder von rechts noch links darin beirren lassen.

Eisenverbrauch im laufenden Jahre.

Ganz gewaltige Mengen Eisen sind dem inländischen Verbrauch im laufenden Jahre zugeführt worden, so umfangreich, daß der Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung vom Jahre 1900 nicht nur erreicht, sondern sogar erheblich überschritten werden dürfte. So berichtet die Kölnische Volkszeitung und schreibt dann weiter:

Sind doch bereits in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf den Kopf der Bevölkerung 109,92 Kil. Eisen verbraucht worden, während es im ganzen Jahre 1900 131,1 Kil. gewesen waren. Daß die beiden letzten Monate nicht hinter den bisher verfloffenen zurückbleiben werden, ist bei der andauernd guten Nachfrage wohl anzunehmen; deshalb ist ein Verbrauch von mindestens 22,50 Kil. im November und Dezember zu erwarten. Die Zahl des ganzen Verbrauchs hat die des ganzen Jahres 1900 natürlich schon jetzt überschritten, da bei der Berechnung auf den Kopf der monatliche Zuwachs der Bevölkerung berücksichtigt ist. Insgesamt stellt sich die Versorgung Deutschlands, berechnet aus der Erzeugung, abzüglich des Ausfuhrüberschusses, in den ersten zehn Monaten auf Tonnen

	1904	1905	1906
Erzeugung	8 399 492	8 970 539	10 348 857
+ Einfuhr	3 404 440	3 704 498	713 124
- Ausfuhr	3 234 623	3 696 612	4 236 888
Verbrauch	5 555 313	5 644 425	6 828 093

Bei einem Blick auf diese Zusammenstellung fällt sofort ins Auge, einen welcher ungeheuren Anteil die ausländische Zufuhr an der diesjährigen größeren Versorgung hat. Wohl ist auch der Anteil der inländischen Erzeugung an der Versorgung gewachsen; aber sie hat schließlich nur mäßige Ausdehnung erfahren, die auf jeden Fall nicht als Uebererzeugung bezeichnet werden kann, wie es im Jahre 1900 der Fall war. Denn wenn die diesjährige Rohereisengewinnung im Verlauf der ersten zehn Monate gegenüber der letztjährigen einen Vorsprung von 15 Prozent aufweist, so ist dies angesichts der Tatsache, daß der große Anstand der Bergarbeiter im Jahre 1905 nicht ohne Wirkung auf die Roheisenerzeugung blieb und sogar auf den Kopf der Bevölkerung einen Rückgang gegenüber dem Jahre 1901 veranlaßte, nicht auffallend. Dabei ist es auch gleichgültig, ob Kohlen- oder Arbeitermangel noch größte Ausdehnung verhinderten; auf jeden Fall hat die Roheisengewinnung in diesem Jahre mehr Maß gehalten, als im Jahre 1899/1900.

ig, ob Kohlen- oder Arbeitermangel noch größte Ausdehnung verhinderten; auf jeden Fall hat die Roheisengewinnung in diesem Jahre mehr Maß gehalten, als im Jahre 1899/1900.

Besonders stark war die Entwicklung der Eisenerzeugung. Obwohl schon im Jahre 1905 der deutsche Markt sich als äußerst aufnahmefähig zeigte, und die inländische Erzeugung dieser Entwicklung nicht im gleichen Maße folgte, war das Ausland doch an der Versorgung des deutschen Marktes noch ziemlich wenig beteiligt; es schränkte seine Versendungen nach Deutschland sogar ein. Im laufenden Jahre dagegen wuchs der Anteil, den das Ausland zu der heimischen Versorgung stellt, derart an, daß er in den ersten zehn Monaten die vorjährige Menge bereits um rund 94 Prozent überschreitet, also beinahe das Doppelte der damaligen Einfuhr beträgt. Allein im Oktober wurden insgesamt 99 518 Tonnen Eisen eingeführt, gegen 37 834 im Oktober 1905 und 37 998 Tonnen 1904; das ist also das Zweieinhalbfache der vorjährigen Mengen. So große Steigerung zeigte die Eisenausfuhr nicht; immerhin war angesichts der heimischen Marktlage noch recht beträchtlich. Trotzdem vielfach im Lande selbst über Mangel an Roheisen und Halbzeug geklagt wurde, wurden doch in dem bisher verfloffenen Zeitraum 540 300 Tonnen oder 14,62 Proz. dem inländischen Markt durch die Ausfuhr mehr entzogen, als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1905. Diese Zunahme hält mit der vorjährigen Schritt, die sich am 14,28 Proz. belief. Bis in den September dieses Jahres hinein hatte die Ausfuhr von Halbzeug und Fertigzeugnissen äußerst stark zugenommen, während die Strigerung der Roheisenausfuhr sich in mäßigen Grenzen bewegte. Im Oktober hat sich indes das Bild vollständig verändert; während Halbzeug und Fertigzeugnisse nur wenig mehr ausgeführt wurden, als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1905, erfuhr die Roheisenausfuhr plötzliche, gar auffallende Steigerung. Sie ging um nicht weniger als 40 Prozent über die des Vorjahres hinaus.

Für uns Metallarbeiter sind die hier mitgeteilten Zahlen besonders interessant und wertvoll. Sie zeigen uns den gewaltigen Aufschwung der Eisenindustrie in den letzten Jahren. Ein Aufschwung, der zum großen Teil eine intensivere Tätigkeit der Metallarbeiter gezeitigt, ihnen aber leider nur einen geringen Anteil an dem vermehrten Ueberschuß gebracht hat. Ein großer Teil unserer Berufscollegen hat es leider veräumt, durch Beitritt in die Organisationen diese selbst in die Lage zu versetzen, den Metallarbeitern den ihnen gebührenden Anteil an dem Ertrah der guten Konjunktur zu verschaffen. Wenn es wieder abwärts gehen wird, dann werden es viele spät einsehen, wie sie an ihren eigenen und den Gesamtinteressen ihres Standes gesündigt haben.

Aus dem Dillkreis.

Am 10. Dez. vorigen Jahres fand in Dillenburg eine von rund 500 Arbeitern besuchte Versammlung statt, um endlich einmal dem schon längere Zeit empfundnen Mangel eines „Gewerbegerichts“ Ausdruck zu geben. Es wurde daraufhin der Antrag auf Errichtung eines solchen Gerichts der zuständigen Stelle übermittelt und zwar mit dem tieftraurigen Erfolg, daß der Antrag am 19. Nov. 1906 vom Kreisrat abgelehnt worden ist. Also ein ganzes Jahr geht beinahe ins Land, solange dauern die Beratungen und Erwägungen, und dann solch ein trübendes Resultat! Man sollte doch meinen, unsere Arbeiterschaft zöge endlich einmal die Schiaf müde herunter und stärke die Institutionen, die allein uns die Möglichkeit verschaffen, um unsere wirtschaftlichen Interessen mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Darum aufgewacht! Ihr Hütten- und Walzwerksarbeiter, ergeißt den Weg der Selbsthilfe! tretet ein in die Organisation!

Interessant ist aber auch, wie dem „Nassauer Volksfreund“ vom 4. Dezember über die Gewerbegerichtsfrage von einem Mitarbeiter geschrieben wird:

„Auch die Gewerbegerichte und deren Tätigkeit als Einigungsamt bürgern sich mehr und mehr ein, dank hauptsächlich der hervorragenden Geschicklichkeit und Objektivität ihrer Leiter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen mehr und mehr ihren Segen, ihre Vertreter finden sich in dem gemeinsamen Bestreben zusammen, gerechte Urteile zu fällen und dem Streit vorzubeugen, man kann auf sie und ihre weitere Entwicklung als Förderer des wirtschaftlichen Friedens große Hoffnungen setzen. Ihre etwa vorhandenen Gegner sind zu wenig zahlreich, um eine Gefahr für sie zu bilden.“

Diese trefflichen Worte schrieb unterm 22. September dieses Jahres der frühere Staatsminister Frhr. v. Berlepsch im „Reich“.

Ob unserem Kreistage, der den Antrag der christlich-nationalen Arbeiterschaft unseres Kreises auf Schaffung eines Kreisgewerbegerichts abgelehnt, der Weisheit eines Herrn v. Berlepsch zu wünschen nötig wäre?

Der Bezirksleiter des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter in Dillenburg hatte nicht so unrecht, als er in einem Ende Oktober herausgegebenen Flugblatt u. A. von einer „Verschleppungstaktik in der Gewerbegerichtsfrage“ geschrieben. Das Gewerbegericht von unserem Kreistage abgelehnt werden würde, dieses vorherzusagen, dazu gehörte nicht viel Mutterwitz: am 18. Dezember 1905 ging der Antrag unserer Arbeiterschaft ab, in der Sitzung des Kreistages am 18. Mai 1906 wird eine Kommission gewählt, welche nach Ablauf von 6 Monaten Bericht zu erstatten hat. Das bejagt wahrlich genug. — Wir haben bis heute geschwiegen, weil wir den ruhigen Fortgang der Verhandlungen nicht stören wollten — wir haben aber ebenfalls in aller Stille Material gesammelt, sind also nicht untätig gewesen, denn wir kannten die nun einmal noch geltenden Anschauungen hier im Dillkreise, wo alles noch so ruhig und friedlich, wo man keine schwarzen Listen, keine Sperren, keine ungedultigen Entlassungen, keine Maßregelungen usw. usw. kennt, wo nur die + + + Gewerkschaftssekretäre die Unruhstifter sind, denen man den größten Mühlstein um den Hals binden und sie in der Dill ertränken sollte, dort wo es am tiefsten ist — von Rechts- und Gesetzswegen!

Es ist nicht unsere Absicht, heute schon zu dem im amtlichen Kreisblatt erschienenen offiziellen Artikel Stellung zu nehmen, das kommt, wenn wir den Zeitpunkt für günstig halten, sondern wir möchten nur eines betonen, daß man bei Einrichtung derartiger Gesetze nicht rückwärts, sondern vorwärts und ins Leben schauen soll. Daß Letzteres geschehen, geht aus dem Dillzeitungsartikel nicht hervor, sondern eher das Gegenteil. Es gehört ein sehr naives Gemüt dazu, das zu glauben, daß in den letzten 3 Jahren nur in 21 Fällen den Arbeitnehmern Anlaß zur Klage gegeben worden ist! Die 7 Fälle pro Jahr beweisen erst recht die dringende Notwendigkeit des Gewerbegerichts! Diese 21 Arbeitnehmer konnten die zum Teil erheblichen Gerichtskosten riskieren — oder will man glauben machen, der Kostenvoranschlag seien die ganzen Gerichts- und Nebenkosten? — Die anderen Arbeiter waren dazu eben nicht in der Lage!!

Doch wir wollen heute noch keine bittere Satire schreiben, wollen den Dillzeitungsartikel noch nicht in seine Einzelheiten zerplücken, das wird vielleicht später geschehen. Wir sind auf dem Posten, das wollen wir den Kreisen, die gegen unsere gerechten Forderungen, aber auch unseren Freunden sagen.

Unser Dillkreis mit seinen über 47 000 Einwohnern, in welchem Industrie und gewerbliche Beschäftigung überwiegt, hat unbedingt Anspruch auf ein Berufs- resp. Gewerbegericht, bis heute hat die Arbeiterschaft, für welche doch die Gewerbegerichte geschaffen, darum gebeten, ob sie in nächster Zeit nicht das Gewerbegericht fordern wird, hängt von verschiedenen Umständen ab. Die Arbeiterschaft will stets ihre Pflichten erfüllen, beansprucht dann aber auch ihre Rechte, denn

Ohne Recht, ein Knecht,
Ohne Pflicht, ein Wicht,
Mit Pflichten und Rechten
• Ein Mann von den echten. Dillheim.“

Die Bitterkeit, die aus dem angeführten Artikel spricht, ist nur allzuberechtigt. Unsere maßgebenden Herren mögen den Bogen nur ja nicht allzuweit spannen, denn selbst der anspruchlosen, geduldigen Arbeiterschaft unseres hiesigen Bezirks könnte doch einmal die Geduld reizen. Wir richten nun im Interesse unserer Arbeiterschaft an diese die dringende Bitte, sofort alles Material, welches für die Gewerbegerichte spricht, z. B.: Ungerechtfertigte Strafen, ungerechtfertigte Abkehrscheine, Lohn- und Akkordstreitigkeiten, Erfahrungen über die Bürgermeister, als Schiedsrichter usw. usw. umgehend unserem Sekretariate in Dillburg mitzuteilen. Unsere Kollegen aber mögen daraus ersehen, wie bitter not uns hier eine starke Berufsorganisation tut.

Soziale und gewerkschaftliche Kundgebung.

Der Tarifvertrag im Deutschen Reich.

Unter diesem Titel veröffentlicht soeben die Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Sta-

tistischen Amtes ein dreibändiges Werk, welches die Einlösung eines vor drei Jahren im „Reichsarbeitsblatt“ gegebenen Versprechens darstellt und dessen Hauptergebnisse die eben erschienene Novembernummer des „Reichsarbeitsblattes“ (11) zusammenfassend wiedergibt. In der Schlussbemerkung zum ersten Band heißt es über die Bedeutung und Anwendbarkeit der Tarifverträge:

„Die Tatsache, daß in Deutschland in wenigen Jahren etwa 3000 Tarifverträge zum Abschluß gelangt sind, spricht allein dafür, daß sich hier eine Bewegung vollzieht, der eine innere Notwendigkeit zugrunde liegt, und die man, als Ganzes betrachtet, nicht einfach zu negieren vermag. Die Fragestellung kann nicht mehr ganz generell lauten, Tarifvertrag oder nicht, sondern sie muß lauten, welches sind die inneren Grenzen der Tarifbewegung, und empfiehlt sich eine gesetzliche Regelung des Rechts des Tarifvertrages, seine Vorteile und seine Nachteile eingehend und von Fall zu Fall zu prüfen. Es ist überzugehen von der generellen Stellungnahme zur speziellen Untersuchung. Es mag in dieser Hinsicht nur darauf hingewiesen werden, daß die Anwendbarkeit des Tarifvertrages auf alle Gewerbe keineswegs feststeht, und daß in dieser Hinsicht auch international keine genügenden Erfahrungen, außer für die großen Stapelindustrien, vorliegen. Gewerbe, in denen die Arbeitsverhältnisse von Fabrik zu Fabrik ganz verschieden gelagert sind und in denen die Technik des Arbeitsprozesses sich sehr rasch ändert, werden sich einer einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf längere Zeit gegenüber stets sehr spröde erweisen. Die Fragestellung muß also, wie gesagt, lauten: wie weit ist der Tarifvertrag anwendbar? Mit der einfachen Annahme oder Ablehnung des Prinzips des Tarifvertrages ist es nicht getan.“

Bezüglich der rechtlichen Regelung beständen die großen Gegensätze: zivilrechtliche Regelung und öffentlich-rechtliche Regelung.

„Die strikte Durchführung der öffentlich-rechtlichen Bedeutung des Tarifvertrages ist bisher nur in Neuseeland und Australien erfolgt, unter volkswirtschaftlichen Verhältnissen, die mit denjenigen Deutschlands nicht vergleichbar sind. Eine Würdigung dieses interessanten gesetzgeberischen Versuches wird sich dabei aber immer gegenwärtig halten müssen, daß eine Übertragbarkeit solcher Versuche auf ganz anders geartete Verhältnisse, auf Nationen, die im Vordergrund des internationalen Wettbewerbes stehen, nicht ohne weiteres möglich ist. Die zivilrechtliche Regelung hat, soweit sie erfolgt, sich mit einer Reihe von Spezialfragen auseinanderzusetzen, deren Lösung in dem einen oder anderen Sinne von Bedeutung für die Wirksamkeit der Tarifverträge ist. Die Frage, ob überhaupt eine zivilrechtliche Regelung wünschenswert ist, dürfte mit allem Vorbehalt vom Standpunkte des öffentlichen Interesses ebenso wie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wohl zu bejahen sein. Dem Tarifvertrag fehlt heute das erforderliche Maß rechtlicher Verantwortlichkeit. Heute ist in Deutschland die Durchführung eines Tarifvertrages letzten Endes noch Machtsfrage, nicht Rechtsfrage. Die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse liegt aber im Interesse der Gesamtheit, wenn auch die nur moralische Bindung der Tarifvertrages für die Vertragsparteien nach Tag des geltenden Rechts in einigen Ländern gewisse Vorteile zu bieten vermag.“

Der Arbeitswilligen-Verein

vom Werk Augsburg (Augsburger Maschinenfabrik) hat sich nach dem Jahresbericht der Leitung genannten Werkes als sehr segensreich erwiesen. Der Segen kommt durch die finanziellen Ergebnisse drastisch zum Ausdruck. Bei einem Gewinnvortrag von 307,031 Mark und 964 875 Mk. Abschreibungen bleibt noch ein Ueberschuß von 243,786 Mk. Damit ist der Gewinn des Vorjahres um 287 845 Mk. überstiegen. Von dem Ueberschuß werden 1 800 000 Mk. gleich 17 1/2 Prozent Dividenden an die Aktionäre verteilt. Für Arbeiterwohlfahrtszwecke sollen 70 000 Mk. Verwendung finden. Diese werden den „Gelben“, die im vergangenen Jahre schon einmal 100 000 Mk. als Geschenk erhielten, als Anerkennung ihrer segensreichen Wirksamkeit“ in den Schöpfungen den Mitgliedern des Arbeitswilligenvereins durch diese Zahlen das Unwürdige und Schandvolle ihrer Lage zum Bewußtsein kommt? In Augsburg ist es eine bekannte Tatsache, daß in den Sektionen der „gelben Garde“ eine gewaltige Unzufriedenheit und Gärung vorhanden ist, die sich aber vorläufig

aus Furcht vor dem „Fliegen“ noch nicht aus Ta- geslicht wagt. Der Jahresbericht des Werkes wird trotz der lobenden Anerkennung für die „segensreiche“ Wirksamkeit und trotz der gnädig gespendeten 70 000 Mk. nicht imstande sein, diese Unzufriedenheit der „Gelben“ zu beschwichtigen.

Gelb ist die Saat und rot werden die Früchte sein.

Die niedrige Kampfweise

des Hirsch-Dunderschen „Regulator“ mit seiner „christlichen Ehrentafel“ hatten wir in der vorletzten Nummer gebührend gebrandmarkt, und keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine Verschiebung des Kampffeldes nicht mitmachen würden. Jetzt stottert das Blatt so etwas, das wie eine Entschuldigung klingen soll. Die Hirsch-Dunderschen wollen sich mit dieser „Ehrentafel“ in der Abwehr befunden haben, weil wir die Gewerkschafter geradezu als regeionslos und weiß Gott was hingestellt, weil wir auf ihren Mitgliedern herumgebrügelt, weil wir das Wort „christlich“ und „religions“ in den wirtschaftlichen Kampf hineingetragen hätten, deshalb die „christliche Ehrentafel“. Eine derartig alberne Begründung für die persönlich niedrige Kampfweise zeigt nur die Verlegenheit der Leute in jenem Lager.

Dabei ist die vom Regulator aufgestellte Ehrentafel nach Hirsch-Dunderscher Manier zusammen gemogelt. Das Blatt teilt mit, daß der christliche Bauhandwerkersekretär in Nürnberg wegen Verdachts eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden sei. Daß der Verdacht auf einer grundlosen Denunziation beruht hat und der Verhaftete freigesprochen wurde, wird vom wahrheitsliebenden Regulator mit einer unglaublichen Perfidie unterschlagen. Weiter weiß die „Ehrentafel“ zu vermelden, daß ein christlicher Arbeitersekretär in Augsburg wegen Unterschlagung von 2000 Mk. zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Nun ist es Tatsache und wird auch den Hirsch-Dunder nicht unbekannt sein, daß der betreffende Verwalter eines Volksbureaus in Augsburg war und mit der christlichen Arbeiterbewegung gar nichts zu tun hatte. Solcherart ist das Material der „Schmutztafel“, im Regulator. Diesen Hereinschleppen hat das Blatt ehrlich verdient. Deshalb nur zu! Wir werden es nicht ungern sehen, wenn unsere Gegner den Kampf gegen uns in solch ungeschickter Weise führen; desto leichter ist es uns, ihnen gehörig auf die Finger zu klopfen.

Der religiös neutrale (?) Regulator,

Verbandsorgan der Hirsch-Dunderschen Maschinenbauer, läßt sich von der einmal betretenen Bahn der konfessionellen Hege nicht abbringen. In seiner neuesten Nummer 49 treibt er das Spiel weiter und weidet sich mit Behagen an den Gegensätzen zwischen den christlichen Konfessionen. Sogar die Grundsätze über Kindererziehung und Mischehen müssen diesem religiös „neutralen (?)“ Organ dazu herhalten, um ins Feuer zu blasen. Jeder vernünftige Mensch mit logischem Denkvermögen wird sich verblüfft fragen, was derartige Sachen in einem religiös neutral sein wollenden Gewerkschaftsblatt zu suchen haben. Wir wissen es allerdings. Der Hirsch-Dunderschen Prinzipienlosigkeit ist jede Religion hohn. Die Führer glauben aber, wenn sie ein Konfession gegen die andere hegen, bei einer wenigstens im Trüben fischen zu können. Mit welchem Erfolg, dafür finden unsere Leser die Antwort in dem Artikel: „Eine deutliche Absage“ an anderer Stelle unseres Organs.

Wie verträgt sich aber nun mit diesen kon-

fessionellen Kerkereien das heike Bemühen des Bezirks Danzig hierin gefolgt und durch die verwerfliche konfessionelle Hege seitens des Regulator werden die konfessionellen Vereine auf der ganzen Linie zu immer weiteren reinlichen Scheidung geradezu herabgedrückt. So zeigt sich auch hier jene Kraft, die Böses will und Gutes schafft.

Der christliche Bauhandwerker-Verein

hat im ersten Halbjahr 1906 eine überaus günstige Entwicklung durchgemacht, die Mitgliederzunahme

deutliche Absage seitens der Leitung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine hat nach der Richtung hin wieder sehr klärend gewirkt.

Man braucht kein großer Prophet, auch durchaus nicht von Nachfolger besessen zu sein, wie die S. D. „Westf. Arbeiter-Rost“ meint, um heute schon mit aller Bestimmtheit sagen zu können: Die Arbeiterbewegung der Zukunft wird nur zwei Richtungen kennen. Eine auf der Weltanschauung des Materialismus, welche die sozialistischen Ideen zur Verwirklichung bringen will und eine andere entgegengesetzte auf der Weltanschauung des Christentums, die im Rahmen der gegenwärtigen Staatsordnung die Gleichberechtigung der arbeitenden Bevölkerung erstrebt. Was sich dazwischen schieben will, wird stets zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sein.

Eine Lebensfrage für die Scharfmacher

Ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen (gemeint sind die christlichen Gewerkschaften). So verkündet es das Sprachrohr der Scharfmacher, die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, in einem Rückblick auf die 25 Jahre deutscher Sozialpolitik. Es braucht uns dieses zwar nicht weiter zu wundern, nachdem schon Kirdborf und andere Industriellen die christlich-nationale Arbeiterbewegung als schlimmer wie die sozialdemokratische bezeichnet haben. Es ist dies auch durchaus nicht tragisch zu nehmen, im Gegenteil, das kann der christlichen Gewerkschaftsbewegung nur zur Ehre gereichen.

Das Scharfmacherblatt steht einer energischen Sozialreform natürlich ablehnend gegenüber. Es sei ja doch nichts im Grunde, die Begehrlichkeit und Unzufriedenheit der Arbeitermassen zu beschwichtigen. Das zeige das fortwährende Anwachsen der Sozialdemokratie trotz der weitgehenden staatlichen Sozialfürsorge. Wenn von den Freunden der Sozialreform nun auf das Erstarken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hingewiesen werde, „so müssen wir dem entgegenhalten“, schreibt das Blatt, „daß hier eine vielleicht nicht absichtliche, wohl aber tatsächliche Irreführung der öffentlichen Meinung vorliegt.“

Dann geht es weiter in unverfälschten Scharfmachertönen:

„Der prozentuale Anteil, den die nichtsozialistischen Arbeitervereinigungen an dem allgemeinen Aufschwung der Arbeiterorganisationen haben, ist verhältnismäßig gering gegen den der sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, daß die ersteren sich, wie neuerlich gelegentlich der Versammlung im Birk's Buch, als die künftigen Erben der Arbeiterbewegung gebärden. Außerdem aber müssen wir rund heraus sagen, daß in gewisser Hinsicht die nicht sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen an Gefährlichkeit ihrer politisch radikalsten Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Es mag sein, daß sie nicht staatsrevolutionär sind. Aber sie sind wirtschafts-revolutionär, d. h. sie laufen ebenso wie jene Sturm auf die Position derjenigen Erwerbsklasse, die Bismarck, und mit ihm wohl auch seine Amtsnachfolger, für absolut unerlässlich im Sinne der geltenden Wirtschaftsordnung erklärten. Auch sie huldigen dem historischen Materialismus und stehen de facto auf dem Boden des kommunistischen Manifestes. Auch sie streben die Expropriierung der Besitzmittel an; sie wollen zunächst zum mindesten eine konstitutionelle Fabrikordnung, treffen also in ihren wirtschaftlichen Zielen vollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen. Daß sie ihre Versammlungen mit einem Hoch auf den König oder mit einem Gebet eröffnen, ändert nichts an der Bedenklichkeit ihrer ökonomischen Umsturzpläne. Der König, der Arbeiter wird eben ein Arbeiterkönig, ein „roi des gueux“, oder, da es in dem erträumten Zukunftsstaat keine „Gueux“, keine Proletarier geben wird, eine Art Präsident von Gottes- und Volksgnaden sein. Die Kirche aber ordnet sich dem kommunistischen Programm noch leichter ein; sie wird eben nur zu den Zuständen des kommunistischen Christentums zurückzukehren brauchen. Es bietet also durchaus keine Schwierigkeiten, ein wirtschaftlich durchaus umstürzlerisches Programm mit der Anhänglichkeit an Thron und Altar zu vereinen. Somit ist die Bekämpfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, soweit diese in dem angegebenen Maße arbeitgeberfeindlich sind, für die Arbeitgeber selbstverständlich eine Lebensfrage.“

An Gefährlichkeit soll also unsere Richtung der politisch-radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Wir glauben es der Arbeitgeberzeitung wie wir es auch den Herren Kirdborf und Tille nachsagen können, daß wir den Selbstsicherheitsinteressen der großkapitalistischen Scharfmacher ebenso oder tatsächlich noch gefährlicher erscheinen. Daß die christlichen Gewerkschaften eine konstitutionelle Fabrikordnung, d. h. ein Mitbestimmungsrecht beim Abschluß des Arbeitvertrages erstreben, genügt schon, um von die er-Deuten als wirtschaftsrevolutionär und umstürzlerisch bezeichnet zu werden. Mit den Tatsachen direkt im Widerspruch stehen jedoch die leichtfertigen Behauptungen

der Arbeitgeberzeitung, die christlichen Gewerkschaften huldigten dem historischen Materialismus, ständen auf dem Boden des kommunistischen Manifestes und erstrebten die Expropriierung der Besitzmittel an.

Diese Auslassungen verraten eine grenzenlose Unkenntnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung, wenn man nicht Bosheit, in diesem Falle Behauptungen wider besseres Wissen annehmen will. Zu verwundern bleibt da, daß das Scharfmacherblatt sich zu dem Eingeständnis bequemt, die christliche Arbeiterbewegung sei nicht staats-revolutionär und könne ihre wirtschaftlichen Ziele im Rahmen der bestehenden Verhältnisse mit dem Christentum vereinbaren.

Dieses Eingeständnis des Scharfmacherorgans ist in diesem Zusammenhang wertvoll. Nicht weil uns etwas an dessen Urteil gelegen wäre, sondern weil es damit selbst den krassen profitgierigen Standpunkt der von ihm vertretenen Kreise kennzeichnet. Mit andern Worten sagt das Blatt hier: Auch eine Arbeiterbewegung, die staats-erhaltend, im Geiste des Christentums die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten will, wird von uns bekämpft, wir betrachten diese Bekämpfung als unsere Lebensaufgabe, weil die Bewegung unsern Selbstsicherheitsinteressen gefährlich, unserm Herrenmenschtum unheimlich ist. Weiter geht bei diesen Leuten der Patriotismus und die Rücksicht auf das Allgemeinwohl nicht. Sie denken nur an sich, an ihren Geldbeutel, an ihre Klasse. Was sich ihnen da in den Weg stellt, wird unbezogen bekämpft. Das ist Klassenkampf in ebenso krasser Form wie er auch von sozialdemokratischer Seite getrieben wird. Nur darüber wird man im Zweifel sein können, auf welcher Seite er am verwerflichsten ist.

Die Scharfmacher werden nun trotz allem die Welt nicht aus den Angeln heben. Mögen sie sich doch so sehr gegen das konstitutionelle System im Arbeitsverhältnis sträuben, kommen wird es doch, wie es auch in Rußland gekommen ist, wo noch mächtigere Leute wie Kirdborf, Buef, Tille, Bäumer usw. sich mit der Kraft der Verzweiflung dagegen gestemmt haben. Der Siegeszug der Arbeiterorganisationen wird die reife Frucht zum Fallen bringen.

Den christlichen Gewerkschaften wird die erneute Kriegserklärung der Arbeitgebertzeitung wenig Kopfschmerzen bereiten. Sie werden auf der betretenen Bahn vorwärts schreiten, werden weiter die Interessen des arbeitenden Volkes zu vertreten wissen und sich weder von rechts noch links darin beirren lassen.

Eisenverbrauch im laufenden Jahre.

Ganz gewaltige Mengen Eisen sind dem inländischen Verbrauch im laufenden Jahre zugeführt worden, so umfangreich, daß der Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung vom Jahre 1900 nicht nur erreicht, sondern sogar erheblich überschritten werden dürfte. So berichtet die Kölnische Volkszeitung und schreibt dann weiter:

Sind doch bereits in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf den Kopf der Bevölkerung 109,92 Kil. Eisen verbraucht worden, während es im ganzen Jahre 1900 131,1 Kil. gewesen waren. Daß die beiden letzten Monate nicht hinter den bisher verbliebenen zurückbleiben werden, ist bei der andauernd guten Nachfrage wohl anzunehmen; deshalb ist ein Verbrauch von mindestens 22,50 Kil. im November und Dezember zu erwarten. Die Zahl des ganzen Verbrauchs hat die des ganzen Jahres 1900 natürlich schon jetzt überschritten, da bei der Berechnung auf den Kopf der monatliche Zuwachs der Bevölkerung berücksichtigt ist. Insgesamt stellt sich die Versorgung Deutschlands, berechnet aus der Erzeugung, abzüglich des Ausfuhrüberschusses, in den ersten zehn Monaten auf Tonnen

	1904	1905	1906.
Erzeugung	8 399 492	8 970 539	10 348 857
+ Einfuhr	390 440	370 498	713 124
- Ausfuhr	3 234 623	3 696 612	4 236 848
Verbrauch	5 555 313	5 644 425	6 828 093

Bei einem Blick auf diese Zusammenstellung fällt sofort ins Auge, einen welcher ungeheuren Anteil die ausländische Zufuhr an der diesjährigen größten Versorgung hat. Wohl ist auch der Anteil der inländischen Erzeugung an der Versorgung gewachsen; aber sie hat schließlich nur mäßige Ausdehnung erfahren, die auf jeden Fall nicht als Uebererzeugung bezeichnet werden kann, wie es im Jahre 1900 der Fall war. Denn wenn die diesjährige Roh-eisengewinnung im Verlauf der ersten zehn Monate gegenüber der letztjährigen einen Vorsprung von 15 Prozent aufweist, so ist dies angesichts der Tatsache, daß der große Ausfall der Bergarbeiter im Jahre 1905 nicht ohne Wirkung auf die Roh-eisenerzeugung blieb und sogar auf den Kopf der Bevölkerung einen Rückgang gegenüber dem Jahre 1901 veranlaßte, nicht auffallend. Dabei ist es auch gleichgültig,

ob Kohlen- oder Arbeitermangel noch größtenteils die Ausdehnung verhinderten; auf jeden Fall hat die Roh-eisengewinnung in diesem Jahre mehr Maß gehalten, als im Jahre 1899/1900.

Besonders stark war die Entwicklung der Zufuhr. Obwohl schon im Jahre 1905 der deutsche Markt sich als äußerst aufnahmefähig zeigte, und die inländische Erzeugung dieser Entwicklung nicht im gleichen Maße folgte, war das Ausland doch der Versorgung des deutschen Marktes noch ziemlich wenig beteiligt; es schränkte seine Versendungen nach Deutschland sogar ein. Im laufenden Jahre dagegen wuchs der Anteil, den das Ausland zu der heimischen Versorgung stellt, derart an, daß er in den ersten zehn Monaten die vorjährige Menge bereits um rund 94 Prozent überschreitet, also nahezu das Doppelte der damaligen Einfuhr betrug. Allein im Oktober wurden insgesamt 99 518 Tonnen Eisen eingeführt, gegen 37 834 im Oktober 1905 und 37 998 Tonnen 1904; das ist also das Zweieinhalbfache der vorjährigen Mengen. So große Steigerungen zeigte die Eisenausfuhr nicht; immerhin war angesichts der heimischen Marktlage noch recht beträchtlich. Trotzdem vielfach im Lande selbst ein Mangel an Roh-eisen und Halbzeug geklagt wurde, wurden doch in dem bisher verfloßenen Zeitraum 540 300 Tonnen oder 14,62 Proz. dem inländischen Markt durch die Ausfuhr mehr entzogen, als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1905. Diese Entnahme hält mit der vorjährigen Schritt, die sich auf 14,28 Proz. belief. Bis in den September des Jahres hinein hatte die Ausfuhr von Halbzeug und Fertigerzeugnissen äußerst stark zugenommen, während die Erzeugung der Roh-eisenausfuhr sich in mäßigen Grenzen bewegte. Im Oktober hat sich indes das Bild vollständig verändert; während Halbzeug und Fertigerzeugnisse nur wenig mehr ausgeführt wurden, als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1905, erfuhr die Roh-eisenausfuhr plötzliche, ganz auffallende Steigerung. Sie ging um nicht weniger als 40 Prozent über die des Vorjahres hinaus.

Für uns Metallarbeiter sind die hier mitgeteilten Zahlen besonders interessant und wertvoll. Sie zeigen uns den gewaltigen Aufschwung der Eisenindustrie in den letzten Jahren. Ein Aufschwung, der zum großen Teil eine intensivere Tätigkeit der Metallarbeiter gezeitigt, ihnen aber leider nur einen geringen Anteil an dem vermehrten Ueberschuß gebracht hat. Ein großer Teil unserer Berufscollegen hat diese selbst in die Lage zu versetzen, den Metallarbeitern den ihnen gebührenden Anteil an dem Ertrage der guten Konjunktur zu verschaffen. Wenn es weiter abwärts gehen wird, dann werden es viele spät einsehen, wie sie an ihren eigenen und den Gesamtinteressen ihres Standes gesündigt haben.

Aus dem Stillkreis.

Am 10. Dez. vorigen Jahres fand in Dillenburg eine von rund 500 Arbeitern besuchte Versammlung statt, um endlich einmal dem schon längst bitter empfundenen Mangel eines „Gewerbegerichts“ Ausdruck zu geben. Es wurde daraufhin der Antrag auf Errichtung eines solchen Gerichts der zuständigen Stelle übermittelt und zwar mit dem vertrauensvollen Erfolg, daß der Antrag am 19. Nov. 1905 vom Kreisrat abgelehnt worden ist. Was ein ganzes Jahr geht betraube ins Land, solange dauern die Beratungen und Erwägungen, und dann solch ein trübendes Resultat! Man sollte doch meinen, unsere Arbeiterschaft zöge endlich einmal die Schlafmütze herunter und stärke die Institutionen, die allein die Möglichkeit verschaffen, um unsere wirtschaftlichen Interessen mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten. Darum aufgewacht! ihr Hütten- und Walzwerksarbeiter, ergreift den Weg der Selbsthilfe, tretet ein in die Organisation!

Interessant ist aber auch, wie dem „Nassauer Volksfreund“ vom 4. Dezember über die Gewerbegerichtsfrage von einem Mitarbeiter geschrieben wird:

„Auch die Gewerbegerichte und deren Tätigkeit als Einigungsamt bürgern sich mehr und mehr ein, dank hauptsächlich der hervorragenden Geschicklichkeit und Objektivität ihrer Richter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen mehr und mehr ihren Segen, ihre Vertreter finden sich in dem gemeinsamen Bestreben zusammen, gerechte Urteile zu fällen und dem Streit vorzubeugen, man kann auf sie und ihre weitere Entwicklung als Förderer des wirtschaftlichen Friedens große Hoffnungen setzen. Ihre etwa vorhandenen Gegner sind zu wenig zahlreich, um eine Gefahr für sie bilden.“

Diese trefflichen Worte schrieb unterm 22. September dieses Jahres der frühere Staatsminister Frhr. v. Berlepsch im „Reich“.

Ob unserem Kreistage, der den Antrag der christlich-nationalen Arbeiterschaft unseres Kreises auf Schaffung eines Kreisgewerbegerichts abgelehnt, der Weitblick eines Herrn v. Berlepsch zu wünschen nötig wäre?

Der Bezirksleiter des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter in Dillenburg hatte nicht so unrecht, als er in einem Ende Oktober herausgegebenen Flugblatt u. A. von einer „Verzögerungstaktik in der Gewerbegerichtsfrage“ geschrieben. Daß das Gewerbegericht von unserem Kreistage abgelehnt werden würde, dieses vorherzusagen, dazu gehörte nicht viel Mutterwitz: am 18. Dezember 1905 ging der Antrag unserer Arbeiterschaft ab, in der Sitzung des Kreistages am 18. Mai 1906 wird eine Kommission gewählt, welche nach Ablauf von 6 Monaten Bericht zu erstatten hat. Das besagt wahrlich genug. — Wir haben bis heute geschwiegen, weil wir den ruhigen Fortgang der Verhandlungen nicht stören wollten — wir haben aber ebenfalls in aller Stille Material gesammelt, sind also nicht untätig gewesen, denn wir kannten die nun einmal noch geltenden Anschauungen hier im Dillkreise, wo alles noch so ruhig und friedlich, wo man keine schwarzen Listen, keine Sperren, keine ungerechtfertigten Entlassungen, keine Maßregelungen usw. usw. kennt, wo nur die **+++**-Gewerkschaftssekretäre die Unruhestifter sind, denen man den größten Mühlstein um den Hals binden und sie in der Dill eräufen sollte, dort wo es am tiefsten ist — von Rechts- und Gesetzswegen!

Es ist nicht unsere Absicht, heute schon zu dem im amtlichen Kreisblatt erschienenen offiziellen Artikel Stellung zu nehmen, das kommt, wenn wir den Zeitpunkt für günstig halten, sondern wir möchten nur eines betonen, daß man bei Einrichtung derartiger Gesetze nicht rückwärts, sondern vorwärts und ins Leben schauen soll. Daß Letzteres geschehen, geht aus dem Dillzeitungsartikel nicht hervor, sondern eher das Gegenteil. Es gehört ein sehr naives Gemüt dazu, das zu glauben, daß in den letzten 3 Jahren nur in 21 Fällen den Arbeitnehmern Anlaß zur Klage gegeben worden ist! Die 7 Fälle pro Jahr beweisen erst recht die dringende Notwendigkeit des Gewerbegerichts! Diese 21 Arbeitnehmer konnten die zum Teil erheblichen Gerichtskosten riskieren — oder will man glauben machen, der Kostenvorschuß seien die ganzen Gerichts- und Nebenkosten? — Die anderen Arbeiter waren dazu eben nicht in der Lage!!

Doch wir wollen heute noch keine bittere Satire schreiben, wollen den Dillzeitungsartikel noch nicht in seine Einzelheiten zerplücken, das wird vielleicht später geschehen. Wir sind auf dem Posten, das wollen wir den Kreisen, die gegen unsere gerechten Forderungen, aber auch unseren Freunden jagen.

Unser Dillkreis mit seinen über 47000 Einwohnern, in welchem Industrie und gewerbliche Beschäftigung überwiegt, hat unbedingt Anspruch auf ein Berufs- resp. Gewerbegericht, bis heute hat die Arbeiterschaft, für welche doch die Gewerbegerichte geschaffen, darum gebeten, ob sie in nächster Zeit nicht das Gewerbegericht fordern wird, hängt von verschiedenen Umständen ab. Die Arbeiterschaft will stets ihre Pflichten erfüllen, beansprucht dann aber auch ihre Rechte, denn

- Ohne Recht, ein Knecht,
- Ohne Pflicht, ein Wicht,
- Mit Pflichten und Rechten
- Ein Mann von den echten. Dillheim.

Die Bitterkeit, die aus dem angeführten Artikel spricht, ist nur allzuberechtigt. Unsere maßgebenden Herren mögen den Bogen nur ja nicht allzuweit spannen, denn selbst der anspruchlos, geduldigen Arbeiterschaft unseres hiesigen Bezirks könnte doch einmal die Geduld reizen. Wir richten nun im Interesse unserer Arbeiterschaft an diese die dringende Bitte, sofort alles Material, welches für die Gewerbegerichte spricht, z. B.: Ungerechtfertigte Strafen, ungerechtfertigte Abkesscheine, Lohn- und Akkordstreitigkeiten, Erfahrungen über die Bürgermeister als Schiedsrichter usw. usw. umgehend unserem Sekretariate in Dillburg mitzuteilen. Unsere Kollegen aber mögen daraus ersehen, wie bitter not uns hier eine stark. Berufszorg istativn tut.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Der Tarifvertrag im Deutschen Reich.

Unter diesem Titel veröffentlicht soeben die Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Sta-

tistischen Amtes ein dreibändiges Werk, welches die Einlösung eines vor drei Jahren im „Reichsarbeitsblatt“ gegebenen Versprechens darstellt und dessen Hauptergebnisse die eben erschienene Novembernummer des „Reichsarbeitsblattes“ (11) zusammenfassend wiedergibt. In der Schlussbemerkung zum ersten Band heißt es über die Bedeutung und Anwendbarkeit der Tarifverträge:

„Die Tatsache, daß in Deutschland in wenigen Jahren etwa 3000 Tarifverträge zum Abschluß gelangt sind, spricht allein dafür, daß sich hier eine Bewegung vollzieht, der eine innere Notwendigkeit zugrunde liegt, und die man, als Ganzes betrachtet, nicht einfach zu negieren vermag. Die Fragestellung kann nicht mehr ganz generell lauten, Tarifvertrag oder nicht, sondern sie muß lauten, welches sind die inneren Grenzen der Tarifbewegung, und empfiehlt sich eine gesetzliche Regelung des Rechts des Tarifvertrages, seine Vorteile und seine Nachteile eingehend und von Fall zu Fall zu prüfen. Es ist überzugehen von der generellen Stellungnahme zur speziellen Untersuchung. Es mag in dieser Hinsicht nur darauf hingewiesen werden, daß die Anwendbarkeit des Tarifvertrages auf alle Gewerbe keineswegs feststeht, und daß in dieser Hinsicht auch international keine genügenden Erfahrungen, außer für die großen Stapelindustrien, vorliegen. Gewerbe, in denen die Arbeitsverhältnisse von Fabrik zu Fabrik ganz verschieden gelagert sind und in denen die Technik des Arbeitsprozesses sich sehr rasch ändert, werden sich einer einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf längere Zeit gegenüber stets sehr spröde erweisen. Die Fragestellung muß also, wie gesagt, lauten: wie weit ist der Tarifvertrag anwendbar? Mit der einfachen Annahme oder Ablehnung des Prinzips des Tarifvertrages ist es nicht getan.“

Bezüglich der rechtlichen Regelung bestanden die großen Gegensätze: zivilrechtliche Regelung und öffentlich-rechtliche Regelung.

„Die strikte Durchführung der öffentlich-rechtlichen Bedeutung des Tarifvertrages ist bisher nur in Neuseeland und Australien erfolgt, unter volkswirtschaftlichen Verhältnissen, die mit denjenigen Deutschlands nicht vergleichbar sind. Eine Würdigung dieses interessanten gesetzgeberischen Versuches wird sich dabei aber immer gegenwärtig halten müssen, daß eine Übertragbarkeit solcher Versuche auf ganz anders geartete Verhältnisse, auf Nationen, die im Vordergrund des internationalen Wettbewerbes stehen, nicht ohne weiteres möglich ist. Die zivilrechtliche Regelung hat, soweit sie erfolgt, sich mit einer Reihe von Spezialfragen auseinanderzusetzen, deren Lösung in dem einen oder anderen Sinne von Bedeutung für die Wirksamkeit der Tarifverträge ist. Die Frage, ob überhaupt eine zivilrechtliche Regelung wünschenswert ist, dürfte mit allem Vorbehalt vom Standpunkte des öffentlichen Interesses ebenso wie der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wohl zu bejahen sein. Dem Tarifvertrag fehlt heute das erforderliche Maß rechtlicher Verantwortlichkeit. Heute ist in Deutschland die Durchführung eines Tarifvertrages letzten Endes noch Machtfrage, nicht Rechtsfrage. Die Schaffung klarer Rechtsverhältnisse liegt aber im Interesse der Gesamtheit, wenn auch die nur moralische Bindung der Tarifvertragsparteien nach Lage des geltenden Rechts in einigen Ländern gewisse Vorteile zu bieten vermag.“

Der Arbeitswilligen-Verein

vom Werk Augsburg (Augsburger Maschinenfabrik) hat sich nach dem Jahresbericht der Leitung genannten Werkes als sehr segensreich erwiesen. Der Segen kommt durch die finanziellen Ergebnisse drastisch zum Ausdruck. Bei einem Gewinnvortrag von 307,031 Mark und 964,875 Mk. Abschreibungen bleibt noch ein Ueberschuß von 241,786 Mk. Damit ist der Gewinn des Vorjahres um 287,845 Mk. überstiegen. Von dem Ueberschuß werden 1,800,000 Mk. gleich 17 1/2 Prozent Dividenden an die Aktionäre verteilt. Für Arbeiterwohlfahrtszwecke sollen 70,000 Mk. Wertung finden. Diese werden den „Gelben“, die im vergangenen Jahre schon einmal 100,000 Mk. als Geschenk erhielten, als Anerkennung ihrer segensreichen Wirksamkeit in den Schoß der Mitglieder des Arbeitswilligen-Vereins durch diese Zahlen das Unwürdige und Schmachvolle ihrer Lage zum Bewußtsein kommt? In Augsburg ist es eine bekannte Tatsache, daß in den Sektionen der „gelben Garde“ eine gewaltige Unzufriedenheit und Gärung vorhanden ist, die sich aber vorläufig

aus Furcht vor dem „Hägen“ noch nicht ans Tageslicht wagt. Der Jahresbericht des Werkes wird trotz der lobenden Anerkennung für die „segensreiche“ Wirksamkeit und trotz der gnädig gespendeten 70,000 Mk. nicht imstande sein, diese Unzufriedenheit der „Gelben“ zu beschwichtigen. Gelb ist die Saat und rot werden die Früchte sein.

Die niedrige Kampfweise

des Hirsch-Dunderschen „Regulator“ mit seiner „christlichen Ehrentafel“ hatten wir in der vorletzten Nummer gebührend gebrandmarkt. und keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir eine Verschiebung des Kampffeldes nicht mitmachen würden. Jetzt stottert das Blatt so etwas, das wie eine Entschuldigung klingen soll. Die Hirsch-Dunderschen wollen sich mit dieser „Ehrentafel“ in der Abwehr befunden haben, weil wir die Gewerbevereiner geradezu als religionslos und weil Gott was hingestellt, weil wir auf ihren Mitgliedern herumgeprügelt, weil wir das Wort „christlich“ und „Religion“ in den wirtschaftlichen Kampf hineingetragen hätten, deshalb die „christliche Ehrentafel“. Eine derartig alberne Begründung für die persönlich niedrige Kampfweise zeigt nur die Verlegenheit der Leute in jenem Lager.

Dabei ist die vom Regulator aufgestellte Ehrentafel nach Hirsch-Dunderscher Manier zusammen gemogelt. Das Blatt teilt mit, daß der christliche Bauhandwerkersekretär in Nürnberg wegen Verdachts eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet worden sei. Daß der Verdacht auf einer grundlosen Denunziation beruht hat und der Verhaftete freigesprochen wurde, wird vom wahrheitsliebenden Regulator mit einer ungläubigen Persiflage unterschlagen. Weiter weiß die „Ehrentafel“ zu vermelden, daß ein christlicher Arbeitersekretär in Augsburg wegen Unterschlagung von 2000 Mk. zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Nun ist es Tatsache und wird auch den Hirsch-Dunder nicht unbekannt sein, daß der betreffende Verwalter eines Volksbureaus in Augsburg war und mit der christlichen Arbeiterbewegung gar nichts zu tun hatte. Solcherart ist das Material der „Schmutztafel“, im Regulator. Diesen Hineinfall hat das Blatt ehrlich verdient. Deshalb nur zu! Wir werden es nicht ungern sehen, wenn unsere Gegner den Kampf gegen uns in solch ungeschickter Weise führen; desto leichter ist es uns, ihnen gehörig auf die Finger zu klopfen.

Der religiös neutrale (?) Regulator.

Verbandsorgan der Hirsch-Dunderschen Maschinenbauer, läßt sich von der einmal betretenen Bahn der konfessionellen Geze nicht abbringen. In seiner neuesten Nummer 49 treibt er das Spiel weiter und weidet sich mit Behagen an den Gegensätzen zwischen den christlichen Konfessionen. Sogar die Grundsätze über Kindererziehung und Mischehen müssen diesem religiös „neutralen“ (?) Organ dazu herhalten, um ins Feuer zu blasen. Jeder vernünftige Mensch mit logischem Denkvermögen wird sich verblüfft fragen, was derartige Sachen in einem religiös neutral sein wollenden Gewerkschaftsblatt zu suchen haben. Wir wissen es allerdings. Der Hirsch-Dunderschen Prinzipienlosigkeit ist jede Religion hneuppe. Die Führer glauben aber, wenn sie eine Konfession gegen die andere hegen, bei einer Weigstens im Trüben fischen zu können. Mit welchem Erfolg, dafür finden unsere Leser die Antwort in dem Artikel: „Eine deutliche Absage“ an anderer Stelle unseres Organs.

Wie verträgt sich aber nun mit diesen konfessionellen Kokereien das heilige Remüben des Re-

Bezirks Danzig hierin gefolgt und durch die verwerflichen konfessionellen Geze seitens des Regulator werden die konfessionellen Vereine auf der ganzen Linie zu einer weiteren reinlichen Scheidung geradezu herangezogen. Es zeigt sich auch hier jene Kraft, die das Böse will und Gutes schafft.

Der christliche Bauhandwerker-Verband

hat im ersten Halbjahr 1906 eine überaus günstige Entwicklung durchgemacht, die Mitgliederzunahme

beträgt nicht weniger als 14 253. In einer Uebersicht über die Verbandstätigkeit im besagten Halbjahr in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ werden folgende interessante Zahlen über die Steigerung der Mitgliederzahl mitgeteilt:

„Bestand am Schluß des	
2. Quartals 1903:	4 14
„ „ 1904:	13 416
„ „ 1905:	21 479
„ „ 1906:	35 732

Die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt also 14 253. Das ist für das erste Halbjahr 1906 ein ganz schöner Fortschritt.“

Treffend wird dann auch in der Baugewerkschaft an die Mitglieder appelliert, die Agitation nicht allein den Beamten zu überlassen, sondern jeder müsse hier auf dem Posten sein.

„Es ist grundsätzlich, zu glauben, schreibt sie, die Angelegten wären für die Agitation da und das genügt. Nein, sollte unser Verband auf diese Bahn kommen, dann würde er seiner besten Schwungkraft beraubt werden und verkümmern.“

Von einem lebendigen Verbandsleben kann nur dann geredet werden, wenn es das Ziel aller Verbandsmitglieder ist, den Bestand zu vermehren. Ein jeder muß von der Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung so durchdrungen sein, daß ihm die Werbung für diese Sache als etwas ganz Selbstverständliches, als Pflicht erscheint. Wir können in dieser Hinsicht manches vom Gegner lernen, ohne uns dessen verwerflichen Agitationsallüren und Unsitten anzugewöhnen. Also alle Kollegen, die in etwa berufen, müssen ihre Kräfte ganz in den Dienst der Agitation stellen, nur so haben die Pfadfinder, die freigestellten Kollegen, den richtigen Erfolg.“

Das paßt nicht nur für die Bauarbeiter, sondern für alle Berufe, auch für die Metallarbeiter. Im Hinblick auf die Entwicklung des Bauarbeiterverbandes rufen wir den christlichen Metallarbeitern zu: Macht's den Kollegen aus dem Baugewerbe nach!

Soziale Wahlen.

In Köln fanden am 3. Dezember die Gewerbe-gerichtswahlen statt. Die Beteiligung war eine sehr rege und die Gehässigkeit und Stuppigkeit der gegnerischen Kampfweise überstieg alle Grenzen.

Was am Wahltag an Gemeinheit von den roten Kulturträgern, an Verspottung der christl. Arbeiter geleistet wurde, kann kaum überboten werden. Und das wollen „moderne“ Arbeiter sein, Gründer einer besseren, höheren Gesellschaftsordnung.

Das Resultat ist folgendes: Christliche Gewerkschaften 7800 Stimmen; Sozialdemokraten 16 200 Stimmen; Hirsch-Dundersche Gewerkschaften 400 Stimmen.

Die Sozialdemokraten bekommen 27 Vertreter, die christlichen Gewerkschaften 13 Vertreter. Die Hirsch-Dunder, die auch hier als komische Figur nicht fehlen dürfen, gehen leer aus; sie müssen sich für ihre den Sozialdemokraten geleistete Wahlhilfe mit dem Erfolg der roten begnügen und wenn sich ihr Gewissen überhaupt noch rühren kann, müssen sie die Achtung vor sich selbst schließlich verlieren.

Das Wahleresultat kann im christlichen Lager nicht ganz befriedigen. Sehr viele Schlafmützen haben von ihrem Wahlrecht wieder keinen Gebrauch gemacht, andere werden sich durch das Geschrei der Gegner haben betören lassen, sonst müßte die Zahl der christlichen Stimmen größer sein. Es bedarf noch weiterer Agitation und Organisation, um die den christlichen Arbeitern Kölns zustehende Position zu erringen. Darum nicht verzagen, nicht erlahmen!

Ein norddeutscher Formermeisterbund

hat sich im vergangenen Sommer in Hannover gebildet. Die Formermeister begründen ihre Sonderbestrebungen außerhalb des Deutschen Formermeisterverbandes damit, daß sie in letzterem nicht genug zur Geltung gekommen wären. Die Bestrebungen des Bundes soll die Pflege der Kollegialität, fachliche Weiterbildung und Stellenvermittlung sein. Wie sich der neue Bund zu den Arbeitern und deren Organisation stellt, davon wird in einem langen Artikel über die Gründung und Zweck und Ziele des

Bundes in der Eisenzeitung (Publikationsorgan der neuen Organisation), gar nichts gesagt. Nur der Absatz 6 des Paragraph 2 der Satzungen sagt kurz, daß der Bund für die „Ansbildung geschickter und moralisch guter Former Sorge tragen.“ wolle. Mehr Klarheit gibt der betr. Artikel zu der Stellung des Formermeister-Vereins gegenüber den Unternehmern. Darüber heißt es:

„Zunächst suchte der Bund in ganz richtiger Erkenntnis der Sachlage Fühlung mit den Werkbesitzern, den Arbeitgeberern, und fand nach Darlegung obiger Zwecke und Ziele auch bei der Gesamtheit derselben, sowie sie durch den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller und seiner Unterabteilungen, sowie durch den Verein Deutscher Eisengießereien repräsentiert wird, verständnisvolles Entgegenkommen und freundwillige Aufnahme. Das war ein großer und nicht zu unterschätzender Erfolg.“

Das schmeckt stark nach einer „gelben“ Gewerkschaft. Ob die Formermeister vielleicht nicht besser getan hätten, in „richtiger Erkenntnis der Sachlage“ diese enge Fühlung mit den Arbeiterverbänden zu suchen?

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Bewegung in der Heidelberger Schnellpressen-Fabrik.

Die Bewegung im September dieses Jahres auf der hiesigen Schnellpressenfabrik führte dazu, daß den Arbeitern die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und Minimumlöhne zugestanden wurden. Diese Umwälzung unterzeichnete der Direktor Herr Lutz der betreffenden Fabrik. Der ganze sozialdemokratische Blätterwald rauschte ob dieses Erfolges. Die sozialdemokratischen Zeitungen verzeichneten dieses Ereignis mit großen Lettern und schrieben: Jetzt liegt es an den Arbeitern, die Errungenschaften fest zu halten und jeder zersplitternde Tätigkeit muß vermieden werden. So für die Arbeiter. Anders aber Herr Vorhölzer, seines Zeichens Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes.

Als nun der Zeitpunkt gekommen war, an dem vorerwähnte Umwälzungen in Kraft treten sollten, lehnte die Firma dieses ab, mit der Motivierung, „der Industriellen Verband, dem unser Werk auch angehört, hat uns seine Zustimmung hierfür nicht gegeben.“

Am 15. November kam Herr Vorhölzer und beraumte für 1 Uhr mittags eine Versammlung für die Arbeiter dieses Werkes an. Um 1 1/4 Uhr, als die Arbeit auf dem Werke wieder beginnen sollte, und die Leute sich anschickten, das Lokal zu verlassen, war es Genosse Vorhölzer, der die Leute mit den Worten zurückhielt: „Wer das Lokal verläßt, den holt der Teufel!“ Bums!

Er schickte einen Mann zur Betriebsleitung mit der Weisung: „Heute kommen die Leute einfach später.“ Die Folgen dieser grenzenlosen Ueberhebung eines Vorhölzer zeigten sich sofort zum Schaden der Arbeiter. Die Fabrik beantwortete die Frechheit damit, daß um vier Uhr alle Arbeiter entlassen wurden. Somit war der von Vorhölzer gewollte Streik aber da.

Während der nächsten 8 Tage ließ Vorhölzer aber sonderbarer Weise nichts mehr von sich hören. Erst am 24. bei den Einigungsverhandlungen, zu denen auch 2 Kollegen unseres Verbandes zugezogen waren, sahen wir ihn wieder. Als er unserer Kollegen ansichtig wurde, protestierte er dagegen, daß wir mit verhandeln sollten. Der Vorsitzende des Industriellen Verbandes, Herr Ernst, bestand jedoch darauf, daß die christlichen Metallarbeiter dasselbe Recht hätten, wie Herr Vorhölzer. Da kam der ungezügelte Haß dieses Menschen gegen uns zum Durchbruch. Er sagte: „Gerade die Christlichen haben in ihrer Zeitung die Firma angegriffen und heruntergesetzt.“

Ein Kollege von unserem Verbands stellte diesen demagogischen Witzfall gegen unsern Verband sofort richtig und rügte das niederrichtige Verhalten des Genossen Vorhölzer ins rechte Licht. Aber zur gemeinsamen Verhandlung kamen wir nicht, es wurde vielmehr mit jeder Organisation getrennt verhandelt.

Warum Vorhölzer eine so große Scheu zeigte, mit den Christlichen zusammen zu verhandeln, ist uns ja klar, denn die vor einigen Wochen errungenen großen Erfolge waren durch sein Verschulden dahin und jetzt, wo er von Stuttgart vielleicht die Weisung mitbrachte, „Nicht weiter schießen, sonst geht was das Pulver aus“, und er sich mit kleinen Erfolgen zufrieden geben mußte, da war ihm die

Antwesenheit der christl. Metallarbeiter peinlich; denn die hätten ihm dabei unangenehm werden können, darum half was helfen mag, wird er gedacht haben, als er zu der gemeinen Blige griff.

Ob nun noch alle Schäflein so treu ihm folgen werden wie seither, oder ob nicht viele einsehen, wo ihre Interessen am besten vertreten werden, das wird die Zukunft zeigen. Für uns ist die Parole, alle christlichen Metallarbeiter in den christlichen Metallarbeiterverband, und darnach werden wir arbeiten. Die schamlosen Arbeiterverräterei der sozialdemokratischen Führer werden uns diese gewiß nicht leichte Arbeit nur beschleunigen helfen.

Außerdem hat diese Bewegung noch eine andere, sehr interessante Seite. Die Unternehmer pochen stets auf ihr unbeschränktes Verfügungsrecht im Betrieb, wollen „Herr im Hause“ bleiben, wie der Ausdruck lautet. Wie wenig aber diese Leute noch Herr im Hause sind, hat diese Bewegung so deutlich gezeigt. Die Firma bewilligt den Arbeitern dies und jenes, der Direktor unterschreibt es und nachher kommt der Unternehmerverband und erhebt Einspruch, wirft alles wieder um. Also sind es nicht die Arbeiterorganisationen, sondern die Unternehmerverbände, die mit den „Herrn im eignen Hause“ gründlich aufkräumen. Die Arbeiter mögen daraus ersehen, daß es mit den patriarchalischen Verhältnissen ein für allemal vorüber ist und nur starke Arbeiterorganisationen dem Arbeiter den nötigen Schutz gewähren können.

Kaiserslantern. Mit den Differenzen in der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gebr. Kaiser befaßte sich eine am 4. Dez. von den nicht-sozialdemokratisch organisierten Arbeitern des Betriebes einberufene Versammlung. Die Bewegung ist einseitig vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ins Leben gerufen, ohne die anderen beteiligten Organisationen, Christliche und Hirsch-Dundersche auch nur davon zu benachrichtigen, geschweige, sie zu den Vorarbeiten zuzuziehen und gemeinsam vorzugehen.

In obiger Versammlung sollte zu der vorhandenen Situation Stellung genommen werden. Nach eingehenden Beratungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die etwa 230 bis 250 versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Kaiser'schen Nähmaschinen- und Fahrradfabrik, vorm. Gebr. Kaiser, welche nicht in den sozialistischen Gewerkschaften organisiert sind, bedauern das einseitige, die Arbeiter schädigende Vorgehen des sozialistischen Metallarbeiter-Verbandes. Die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß überall dort, wo berechnete Forderungen der Arbeiter vorhanden sind, dieselben in sachlicher Weise bei der betreffenden Direktion vertreten werden sollen, im Widerungsfalle der Direktion können dann die äußersten als letzte Schritte unternommen werden; doch muß diese Vertretung eine anständige und moralische sein.“

Aus diesen Grundätzen heraus verurteilt die Versammlung aufs schärfste das provozierende Vorgehen des Vorsitzenden des Arbeiterauslasses, sowie das einiger sozialdemokratischen Verbändler, welches den Anstoß zu dieser Bewegung gab. Da der Metallarbeiter-Verband diese Bewegung einseitig beschlossen hat, ohne die große Hälfte der Arbeiter zu hören, sogar anders Organisierten den Zutritt zu den Versammlungen verweigerte, so lehnen es die Versammelten ab, eine derartige Bewegung zu unterstützen. Sollte die Firma die Kündigung zurückziehen, so betrachten die Versammelten die vom Metallarbeiterverband allein beschlossene Bewegung als für sie nicht bestehend und werden nach wie vor, unbekümmert um die Bewegung, weiter arbeiten.“

Wie gemeldet wird, hat die Firma die allgemeine Kündigung zurückgezogen und damit dürfte der geplante Schachzug des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, die andern Organisationen zu unterdrücken, vereitelt sein. Auf solche Weise muß den Machtkoller und den Vergewaltigungsgelüsten der roten Verbandsprozesse Schranken gezogen werden.

Die Schwarzwälder Uhrenarbeiter stehen in einer Lohnbewegung.

Magdeburg. Streik bei Mundlos und Comp. **Heidelberg.** Maschinenfabrik A. Hamm Streik ausbrochen.

Bochum. Westfälisches Stahlwerk in Bochum für Former gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Dezbr. der einundfünfzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 16. Dezbr. bis 23. Dezember 1906 fällig.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich sofort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Ortsgruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungsberechtigt ist.

Diejenigen Ortsgruppen, welche vom 3. Quartal noch nicht abgerechnet haben, werden hiermit nochmals dringend ersucht, die Abrechnung sofort einzusenden.

Die Ortsgruppe **Mendenburg** erhält hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. wöchentlich ab 1. Januar 1907. — Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge

Das **Protokoll** der vierten Generalversammlung in Wachen ist erschienen. Dem Protokoll ist eine Darstellung der Geschichte und Entwicklung unseres Verbandes vorangestellt, so daß es dadurch noch wertvoller und lehrreicher wird. Jeder Verbandskollege soll sich in den Besitz eines solchen setzen, um sich über den wichtigen Inhalt desselben genau zu informieren. Die Ortsgruppenvorstände müssen für einen regen Vertrieb der Protokolle Sorge tragen und können die Bestellungen sofort bei der Zentrale einreichen.

Da immer noch Unklarheit bei der Auszahlung der Wanderunterstützung in manchen Ortsgruppen zu bestehen scheint, machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß Wanderunterstützung nur an Mitglieder ausgezahlt werden darf, die auf Wanderschaft sich befinden, im Besitz einer Reiselegitimation sich befinden, mindestens 52 Wochenmarken geklebt haben und noch nicht ausgesteuert sind, also den Höchstbetrag der ihnen zustehenden Unterstützung noch nicht bezogen haben. Für jeden Tag der Wanderschaft, für den noch Unterstützung bezogen ist, kann 1 Mark Unterstützung ausbezahlt werden, jedoch nicht mehr wie 2 Mark an einem Ort. Bei größeren Orten kann noch die nach Statut vorgesehene Aufenthaltsunterstützung mehr bezahlt werden. Auf keinen Fall darf mehr Unterstützung ausbezahlt werden, als wir hier angegeben, auch dann nicht, wenn Mitglieder sich als Gemahregelte ausgeben und eine höhere Unterstützung verlangen. Wo dieses geschieht, müssen die Lokalkassen den Schaden selbst tragen. Die Festsetzung und Auszahlung von Gemahregelten-Unterstützung hat nur auf Anweisung und mit Zustimmung der Zentrale zu erfolgen.

Der diesmaligen Zeitungsendung liegt eine Erhebungsliste und die Zählkarte zur Arbeitslosenstatistik für das Kaiserlich Statistische Amt bei. Liste und Zählkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe auszuhändigen. In die Liste sind in Zukunft alle arbeitslosen und auf der Wanderschaft am Orte sich meldenden Mitglieder einzutragen, damit an der Hand der Liste die Zählkarte am Schlusse des Quartals ausgefüllt werden kann. Die Zählkarte ist bis zum Schlusse des Quartals aufzubewahren und in der Zeit vom 1.—4. Januar 1907 genau ausgefüllt, einzusenden. Ortsgruppen, die aus Versehen keine Zählkarte oder Liste erhalten haben sollten, müssen dieses sofort der Zentrale melden.

Die Verbandsleitung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Alme. Fern abgelegen von dem Getriebe der Großindustrie und den Großstädten mit ihren Häufernmeeren, liegen wir hier einsam in unseren sauerländischen Bergen. Wohnen wir so auch einsam, so trübselig wir doch nicht; im Gegenteil sind wir bestrebt, unseren Kollegen und allen Arbeitern diejenige Aufklärung zu bringen, welche nötig ist, um der Arbeiterschaft zu der so langangestrebten Gleichberechtigung zu verhelfen. Aus diesem Grunde hatte unsere Zahlstelle für Sonntag, den 17. Nov., eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen, mit dem Thema: „Ursachen, Ziele und Eigentümlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung, unter besonderer Berücksichtigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“ Als Referent war Kollege Weinbrenner-Essen anwesend.

In klaren, markigen Worten führte er der Versammlung vor Augen, wie notwendig es gerade für die Arbeiter sei, daß sie nicht nur oberflächlich die Organisation auffassen, sondern immer mehr in die tieferen Ursachen und letzten Ziele eindringen müßten. Nur dann sei es möglich, die Interessen der Arbeiterschaft voll und ganz wahrzunehmen. Sowohl dem Unternehmer gegenüber, wie auch der Sozialdemokratie, denn das Unternehmertum stelle sich nicht allein den berechtigten Ansprüchen des Arbeiters entgegen, sondern die Sozialdemokratie wirke durch ihre öde Revolutions- und Verneinungspolitik ebenso arbeiterschädigend. Mit zahlreichen Beweisen bewies der Referent dieses in ausgiebigster Weise. Gleichzeitig machte der Redner die Versammlung darauf aufmerksam, daß nur durch gute finanzielle Fundierung es der Organisation möglich sei, jederzeit bereit und schlagfertig zu sein. Zum Schluß befaßte sich Kollege Weinbrenner in eingehender Weise mit unseren christlichen Gewerkschaften und bewies die Notwendigkeit derselben. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen.

Kollegen von Alme! Handeln wir, setzen wir das Gehörte in die Tat um, damit auch wir für uns in Anspruch nehmen können, unseren Teil zur Erreichung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes beigetragen zu haben.

Amberg. Seitdem hier und in unserer nächsten Umgebung durch das Fortschreiten der Industrie auch die christliche Gewerkschaftsbewegung sich besser entwickelt, entfalten die Genossen eine intensive Agitation. Es liegt nun aber an uns, der Kollegen-schaft zu beweisen, daß nicht die sozialdemokratischen Gewerkschaften, sondern nur die christliche Gewerkschaftsbewegung Gegenwartsarbeit betreibt, d. h., die Lage der Arbeiter zu jeder Zeit bessern will. In Gegensatz zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die lediglich: Rekrutenschulen der Sozialdemokratie und dadurch genau so wie die Sozialdemokratie die Arbeiter auf die Zukunftsgesellschaft vertrusten, von der die Sozialdemokratie selbst nicht einmal weiß, wie sie eigentlich werden soll.

Nun ist es eine eigentümliche Geschichte mit den Genossen. Auf ihren Kongressen erklären ihre Führer: wir sind antireligiös, weil wir vernünftige Menschen geworden, aber draußen im Lande und vornehmlich da, wo die Arbeiterschaft sich noch die Religion erhalten hat, da arbeiten die Agitatoren nach dem Grundsatz: „Religion ist Privatsache.“ So auch hier. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hielt hier vor längerer Zeit eine öffentliche Mitgliederversammlung ab. In derselben produzierte sich ein Herr Meier als neuer Welterschütterer. Nach bekannter Genossenmanier versuchte der Herr unsere christl. Gewerkschaftsbewegung in den Rot zu ziehen. Weil man mit diesen Leuten nun nicht diskutieren kann, berief unsere Ortsgruppe am 18. vor. Mts eine öffentliche Versammlung ein, in welcher Kollege Göß-Münsterberg über die Bedeutung der christl. Gewerkschaften referierte.

In eingehender Weise entwarf Kollege Göß von den christl. Gewerkschaften der Versammlung ein klares Bild. Im Laufe seiner Ausführungen nagelte er das schändliche Treiben der freien Gewerkschaftsführer fest.

In der Diskussion redete als erster Herr Maier, der eigens zu diesem Zweck mit seinem ganzen Anhang erschienen war. Mit dem Vorbringen alter Ladedücker glaubte der Herr etwas neues zu sagen, er machte ferner in Verdächtigung der christl. Führer. Getreu nach dem Grundsatz: Lüge nur feste drauf los, etwas bleibt ja immer hängen. Die Zentrums-gewerkschaften wollen wir ihm schenken. Im Uebrigen wäre es besser für den Herrn, wenn er sich zuerst mal das Buch: „Knigges Umgang mit Menschen“ kaufte.

Der Referent ließ dem Herrn im Schlußwort die nötige Belehrung zuteil werden. Ein anderer Genosse, seines Zeichens Meister, verließ das Lokal, als Kollege Göß darauf aufmerksam machte, daß er seine Macht als Meister nicht dazu benutzen sollte, um christl. Arbeiter zu schikanieren.

Diesem Herrn gegenüber müssen die christl. Arbeiter auf der Hut sein und verhindern, daß er unsere Kollegen brotlos macht. Mit einem begeisterten Hoch auf die christl.-nat. Arbeiterbewegung schloß Kollege Siebzehrtrieb die gut verlaufene und gut besuchte Versammlung.

Kollegen und Kolleginnen! Das schmutzige Treiben der Sozi wird euch gezeigt haben, was Geistes-kinder die Leute sind, was ihr von einer solchen

Bewegung zu erwarten habt. Gebt diesen heuchlerischen Volksbegleitern die einzig richtige Antwort, indem ihr euch bis zum letzten Kollegen, bis zur letzten Kollegin unter dem Banner des christlichen Metallarbeiterverbandes zur Vertretung eurer Interessen zusammenschließt!

Essen. In der „Gewerkschaftsstimme“ dem Organ des Hilfs- und Transportarbeiterverbandes wieder einmal über die Metallarbeiter geklagt, die über 400 Hilfsarbeiter aufgenommen hätten. Das gibt der Redaktion des Blattes Veranlassung, mit der von der Seite gewohnten Bissigkeit zu bemerken: „Und die Leute haben auch noch den Mut, uns der Grenzüberschreitung anzuklagen.“ Die Klagen der Essener Hilfsarbeiter und die wenig kollegiale Bissigkeit der Gewerkschaftsstimme sind für die hiesigen Verhältnisse erst recht unangebracht, wie dieselben auch im allgemeinen jeder Unterlage entbehren. Wir haben in Essen wohl eine große Anzahl ungelernter Metallarbeiter, die aber ebenso wenig in den Hilfsarbeiterverband gehören, wie zu den Heimarbeiterinnen oder Bäckern und Konditoren. Unsere Freunde vom Hilfsarbeiterverband sollten sich doch endlich damit abfinden, daß sie in den Metall-, Hütten- und Walzwerken gar nichts zu suchen haben, daß die Arbeiter dieser Branche, ob nun gelernte oder ungelernete, in den Metallarbeiterverband gehören. Das Arbeitsfeld für den Hilfsarbeiterverband ist gewiß groß genug, ohne daß er in andere Berufe überzugreifen braucht. Ueber die christlichen Metallarbeiter in Essen hat niemand ein Recht zu klagen; tragen sie doch den weitaus größten Teil der Kosten eines Kartellbeamten, der noch aus einem andern Beruf genommen wurde, um die kleinen Verbände vorwärts zu bringen, was auch unsere Kollegen vom Hilfsarbeiterverband nicht bestreiten werden. Warum nun derartige Beschwerden und fortwährende Anrempelungen seitens der Gewerkschaftsstimme, auf die bisher von unserm Verbands geschwiegen worden ist.

Ann. der Verbandsl.: Wir haben auf die wiederholten Anzapfungen geschwiegen, weil wir uns von einer Auseinandersetzung über die Grenzstreitigkeiten in den Verbandsorganen ein praktisches Resultat nicht versprechen können. Wir haben geschwiegen, trotzdem festgestelltemassen in einer ganzen Reihe von Städten ungezählte Metallarbeiter von den Hilfsarbeitern mit ihren niedrigeren Beiträgen gefapert sind. Anscheinend haben wir uns jedoch in der Hoffnung getäuscht, daß diese Anrempelungen einmal aufhören und auch im Hilfsarbeiter-Verband die Erkenntnis durchbrechen würde, daß es doch für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung besser und vorteilhafter ist, wenn die Arbeiter ihren wirklichen Berufsverbänden zugeführt werden und dort statt 30 oder 40 Pfg. sich zu einer Opferwilligkeit von 50 und 60 Pfg. pro Woche bereit erklären. Soll ein gutes, friedliches und kollegiales Verhältnis zwischen den christlichen Bruderverbänden bestehen, dann müssen solche blöden Anrempelungen, wie sie in der Gewerkschaftsstimme immer wiederkehren, in Zukunft unterbleiben.

Hamburg. In einer gut besuchten Mitglieder-versammlung am 2. Dez. wurde zuerst ein instruktiver Vortrag über Volkswirtschaft gehalten. Nachher kam auch das unbegreifliche Urteil der Wächener Strafkammer zur Sprache. Aus den Kreisen der Mitglieder wurde der Antrag eingebracht, eine freiwillige Sammlung zu Gunsten der verurteilten Kollegen zu veranstalten. Diefelbe ergab den Betrag von 5 Mt., die sofort an die Zentrale zur Weitermittlung an die Opfer des Wächener Urteils abgehandelt wurden. Gleichzeitig wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen anderwärts auch etwas tun möchten, um den Kollegen in Wärselen dadurch sowohl eine moralische wie materielle Unterstützung zu gewähren. (Ein Bravo dem guten Herzen unserer Hamburger Kollegen. Die Zentrale wird natürlich gern bereit sein, freiwillige Spenden an die verurteilten Kollegen in Wärselen weiter zu vermitteln.)

Kalk. Der Antrag auf Erhebung eines Lokalbeitrages fand als Hauptpunkt auf der Tagesordnung einer gut besuchten Mitgliederversammlung am 1. Dez. vom Vorsitzenden Kollegen Riegerfeld wurde der Antrag eingehend begründet. Nach einer längeren Debatte, in der sich alle Redner mit warmen Worten für den Antrag erklärten, wurde derselbe auch beinahe einstimmig angenommen. Besonders lobend wurde anerkannt, daß sich auch ein Kollege mit einer sehr großen Familie und verhältnismäßig niedrigem Lohn für den Antrag erklärte. Es sei notwendig, daß ein Lokalbeitrag eingeführt würde und was andere Ortsgruppen, was insbesondere die sozialdemokratischen Metallarbeiter könnten, das müsse auch den christlichen möglich sein. Die Kalker Kollegen dürften hier nicht zurückbleiben.

Bei der Begründung des Antrages und im Verlauf der Debatte wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß der Kölner Bezirk mit der Erhebung des von der Generalversammlung in Aachen dringend empfohlenen Lokalzuschlags noch am weitesten zurück sei. Das sei nicht gerade eine Ehre, und die Kölner Ortsgruppe müsse es sojagen als Pflicht betrachten, hier mit gutem Beispiel voranzugehen und nicht etwa nachgebinkt kommen. Die Kölner Ortsgruppe hat es nun beschlossen; ab 1. Januar wird ein Lokalbeitrag von 10 Bfg. wöchentlich, also der 60 Bfg.-Beitrag, entrichtet. Hoffentlich werden nun die anderen Ortsgruppen des Kölner Bezirks nachfolgen, besonders auch auf der rechten Rheinseite, damit die eigentlich schon lange reif gewesene Zentralisation desto besser durchzuführen werden kann.

An alle Kollegen von Köln, die leider nicht in der Versammlung anwesend waren, ergeht der Appell, daß sie dem Beschluß gern und freudig nachkommen und in Zukunft noch eifriger wie bisher für unsere Sache arbeiten. Jeder muß bereit sein, die notwendigen Opfer für seine Organisation zu bringen, um dieselbe in den Stand zu setzen, die gewerkschaftlichen Aufgaben mit Nachdruck durchzuführen. Jeder soll ein Agitator sein, sich für die Entwicklung seiner Ortsgruppe, des ganzen Verbandes verantwortlich fühlen. Die Kölner Kollegen werden es an diesem notwendigen Opfersinn und der ebenso notwendigen Arbeitsfreudigkeit nicht fehlen lassen.

Eisenach. Durch eine am 16. Nov. in Eisenach stattgefundene Versammlung hat auch hier der christliche Metallarbeiterverband Eingang gefunden. Nach einem Referat des Kollegen Burscher, welcher eingehend den Zweck der Organisation darlegte, erklärten sich sofort 20 Kollegen zum Beitritt bereit, so daß die Gründung einer Ortsgruppe stattfinden konnte.

In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Witt als Vorsitzender, Kollege Siering als Kassierer, Kollege Schulze als Schriftführer. Ein guter Anfang ist nun gemacht und die Kollegen von Eisenach werden eine rege Agitation entfalten, um den Verband zu einem kräftigen Faktor auszubauen. Den christlichen nationalen Metallarbeitern von Eisenach rufen wir zu: Wacht auf, besinnt euch auf eure Pflichten als Arbeiter und Staatsbürger! Hinein bis auf den letzten Mann in den christlichen Metallarbeiter-Verband.

Oggersheim. Eine für hiesige Verhältnisse imponant zu nennende Versammlung fand Sonntag den 15. Nov. nachmittags 1/2 Uhr im Schwannensaal hier selbst statt. Kollege Schneider-Essen sprach über das Thema: „Der Gegensatz zwischen „freien“ und christlichen Gewerkschaften“. Er schilderte die Organisation, speziell die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften als Machtmittel gegen die Unternehmer und die großen Erfolge, welche dieselben bereits errungen hätten. Er warnte vor dem sinnlosen Streit, den er als ein zweischneidiges Schwert kennzeichnete, der beiden Teilen schwere Wunden schlägt. Die christlichen Gewerkschaften suchen deshalb auch im Frieden mit den Arbeitgebern auszuwachen und betrachten den Streit als das letzte Mittel, wenn alle anderen versagt haben, den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen. Auf einem anderen Standpunkte stehen die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie sind eng verbrüdet mit der politischen Partei und huldigen dem Klassenkampf. Daß der Sozialdemokratie nicht das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, zeigt sich darin, daß sie gegen die wichtigsten Arbeiterschutzgesetze von 1884 bis 1902 gestimmt hat, mit dem Bemerkten, sie könne diese Betteluppen nicht annehmen, das heißt, daß sie bei gesunder positiver Arbeit vollständig versagt hat. Dann kam Redner auf die Religionsfeindlichkeit der „freien“ Gewerkschaften zu sprechen, die von ihren eigenen Führern ja heute nicht mehr geleugnet werde. Durch diese Verhältnisse sind die beiden Lager entstanden, wo im einen der Schlachtruf: Sie christlich, im andern: Sie antireligiös! ertönt. Mit einem warmen Appell an die Versammelten, treu zur christlichen Fahne zu stehen, schloß der Referent seine mit großem Beifall aufgenommenen Worte.

Nach kurzer Pause erhielt Kollege Lange, der schon mehrfach durch Tätlichkeiten seitens der Sozialdemokraten befehrt werden sollte, das Wort, um die verschiedenen Bewegungen in Mannheim scharf zu kritisieren. Uebergehend auf die gewöhnliche Verbächtigung unserer Gegner, unsere Organisationen seien Zentrumsgerwerkschaften, forderte Kollege Lange, welcher selbst evangelisch ist, die evangelischen Mitarbeiter auf, sich immer mehr den christlichen Ge-

werkschaften anzuschließen, dann hört auch endlich das alberne Gerede von Zentrumsgerwerkschaften auf. In der weiteren Diskussion machten noch einige jüngere Kollegen sehr treffliche Ausführungen, wobei sich zeigte, daß auch bei den jungen Kollegen der gewerkschaftliche Geist immer mehr Boden gewinnt.

Aus der Mitte der Versammlung, waren inzwischen 2 Resolutionen eingegangen, welche einstimmig angenommen wurden. Die erste war im Sinne des Referenten gehalten und forderte die Versammlung auf, kräftig mitzuarbeiten an der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die zweite Resolution verurteilte das rigide schamlose Verhalten der Genossen während des Mannheimer Hafenarbeiterstreiks. Eine Anzahl Neuaufnahmen wurden gemacht. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß die hiesige Arbeiterschaft auf dem einmal eingeschlagenen Wege rüstig vorwärts schreite und sich durch Eintreten und Mitarbeiten in der christlichen Organisation als Männer zeigen, zum eigenen Wohl und zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft.

Literarisches.

Die Werke: „Die Geschichte des Britischen Trade-Unionismus“, „Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“ und „Die Geschichte der englischen Arbeit“ bestehend aus vier Bänden, kosteten seither zusammen 29 Mark.

Um den wertvollen Büchern weiteren Eingang zu verschaffen, hat der Verlag die 2. Auflage billiger herstellen lassen und kosten dieselben nunmehr geschmackvoll gebunden, zusammen (4 Bände) 16 Mk. Die Buchhandlung des Generalsekretariates hat einen größeren Posten übernommen und gibt dieselben den Gewerkschaftsbeamten, Kartell- und Zahlstellen-Bibliotheken für 12 Mk. ab. Bestellungen sind umgehend nach Köln, Palmstr. 14, zu richten. Bei Voreinsendung des Betrages ist das Paketporto beizufügen.

Desgleichen ist soeben die 2. Auflage des **Breslauer Kongress Protokolle** erschienen, nachdem die 1. Auflage bereits seit einigen Wochen vergriffen ist. Die Wichtigkeit der Protokolle machen es jedem Gewerkschaftler zur Pflicht, sich ein solches zuzulegen. Zu beziehen ist dasselbe durch die Zentrale unseres Verbandes, sowie durch die Buchhandlung des Generalsekretariates, Köln, Palmstraße 14.

Ueber Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Deutschland.

Ist soeben von Dr. Fanny Jmmle eine neue Schrift erschienen (Verlag von Gustav Fischer in Jena). Die Verfasserin hat bekanntlich im vorigen Jahre das Wesen und die Geschichte der Tarifverträge in dem großen Werk: „Gewerbliche Friedensdokumente“ Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland“ behandelt. Die vorliegende Schrift ist als eine Zusammenfassung des Materials der ersteren anzusehen, in welcher die in der Zwischenzeit auf tariflichem Gebiete eingetretenen Neuererscheinungen und tatsächlichen Veränderungen berücksichtigt wurden. Die historische Entwicklung des Korporativvertrages, der Unterschied der neuzeitlichen Vereinbarungen gegenüber solchen, die noch von der Zunftzeit herrührten, sowie die einzelnen Phasen der Tarifentwicklung sind präcise und klar dargestellt. Die 159 Seiten umfassende Schrift zeichnet sich insbesondere durch gute Disposition aus und durch die Knappheit, mit der die wesentlichen Tatsachen aus der Tarifbewegung aneinandergerichtet sind. Die Schrift kostet 2 Mk. und kann daher allen Kartell- und Zahlstellenbibliotheken wie auch den einzelnen Kollegen zur Anschaffung empfohlen werden. Für kleinere Bibliotheken, die die „Gewerblichen Friedensdokumente“ wegen des Preises von 10 Mark sich nicht beschaffen, ist diese neuere Schrift ein außerordentlich geeigneter Ersatz.

Das von den Verbänden der katholischen Arbeitervereine West- und Süddeutschlands herausgegebene

Arbeitertaschenbuch für 1907

ist soeben erschienen. Der reichhaltige Inhalt über die wichtigsten Gebiete und brennendsten Fragen der christlichen Arbeiterbewegung wird dem vorliegenden Jahrgang wie den früheren den Weg von selbst ebnen. Das erste Kapitel nach dem Kalendartum handelt über die Arbeitervereine, das zweite über die Gewerkschaften, das dritte über Sozialpolitik, je ein weiteres über: Haus und Herd, Gesetzeskunde und

das letzte enthält ein umfangreiches soziales Adreßbuch. Das Kapitel Gewerkschaften, bringt folgende Aufsätze: 1. Der Idealismus in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Gewerkschaften und Arbeitervereine. 3. Reichsregierung und christl. Gewerkschaften. 4. Die christl. Gewerkschaften im Jahr 1905/06. Das durch seinen ausgezeichneten Inhalt beliebt gewordene Büchlein bedarf keiner ausdrücklichen Empfehlung mehr, es spricht für sich selbst und brauchen wir an dieser Stelle unsere katholischen Mitglieder nur darauf aufmerksam zu machen.

Sterbetafel.

Triburg. Unser Kollege Bonifazius Rienzle ist am 1. Dez. gestorben.
Duisburg II. Unser Kollege Bernh. Schwob ist infolge eines Unfalles im Alter von 28 Jahren gestorben.
Ehre Ihrem Andenken!

Aufforderung.

Das Mitglied **Viktor Puntschad**, Buchnummer 65 789, wird um Angabe seiner Adresse gebeten. Die Ortsgruppenleitungen werden ersucht, wenn ihnen möglich, die betr. Adresse an die Ortsgruppe **Singen** (Amt Konstanz) zu vermitteln.

Briefkasten.

Kollege D. Köln. Für diese Nummer zu spät. Ist auch in der nächsten noch früh genug, das Hirsch-Dundersche Lügengewebe über die Anglegenheit in Hönningen zu entwirren.
Kollege L. B. Gladbach. Interessante Berichte über Versammlungen sind stets willkommen. Wir haben auch Raum dafür. Nur keine Banalwörter schreiben, kurz und bündig, aber öfte

Versammlungs-Kalender.

- Aachen-Burtscheid.** Sonntag, den 16. Dezember vormittags 11 Uhr bei „Imien, Pannstraße 17.
- Bremerhafen.** Alle 14 Tagen Freitags bei Kafa, De 56. Nach e Versammlung 21. Dezember.
- Bum e b.** 6. Uel enkirchen. Sonntag, den 16. Dezember nachmittags 6 Uhr bei Meschede, Hohensollernstraße.
- Duisburg-Biersheim.** Sonntag, den 16. Dezember nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Rüpper, an der Mhetbride. Sämtliche Kollege müssen erscheinen und ihre Mitgliedbücher mit bringen.
- Durslach.** Sonntag, den 16. Dezember vormittags 11 Uhr im Raahhof, Nebenzimmer Vorstand und Vertrauensmänner-Versammlung.
- Altenessen.** Sonntag, den 16. Dezember, nachmittags 5 Uhr Vorstandssitzung, 8 Uhr Versammlung.
- Essen-Kleinewerbe.** Samstag, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr in der „einger Bierhalle“ Ghauffstraße.
- Essen-Segeroth.** Sonntag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr bei Misch.
- Essen-Frohnhauert.** Sonntag, den 16. Dezember abends 8 Uhr bei Bögel, Versammlung.
- Essen.** Sonntag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr i Alfredshaus Versammlung.
- Fürth.** Sonntag, den 16. Dezember nachmittags 3 1/2 Uhr im Poth Nebenahmer Versammlung mit Vortrag. Zugleich Versammlung der Pro-ente von der Rabattgenossenschaft.
- Geisweid.** Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr. Versammlung im Gasthof Schäfer.
- Gelsenkirchen-Füllers.** Sonntag, den 16. Dezember vormittags 11 Uhr bei Brog.
- Hedderheim.** Adressenänderung: Die Adresse unserer Vorsteheren ist: Adam Weber, Altkönigsstraße Nr. 6.
- Kall.** Samstag, den 15. Dezember abends 9 Uhr bei Schor dt. Vollzähliges Erscheinen Ehrensache.
- Kattowitz.** Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats vormittags 11 Uhr im Gesellschaftshaus Grundmannstraße.
- Ostberg.** Am 16. Deabr. nachm. 4 Uhr bei Hedderman Hilddorf. Jeden ersten Sonntag im Monat morgens 11 Uhr beim Kollegen Kranz Koch.
- Schweidnitz.** Samstag, 15. Dezember, abends 8 Uhr i kath Vereinshaus, Vollzähliges pünktliches Erscheinen Ehren-sache.

Konsumverein „Selbsthilfe“ zu Feintrop,

(E. G. m. b. H.).
Sonntag, den 23. Dezember, vormittags 11 Uhr, findet i Lokale des Herrn Vießelmann in Feintrop eine **Generalversammlung** des Konsum-Vereins „Selbsthilfe“ (E. G. m. b. H.) statt
Tagesordnung: 1. Quartalsbericht. 2. Eragnwahl des Aufsichtsrates. 3. Verschiedenes.
Der Aufsichtsrat:
S. B. Gerhard Köllen

Gesucht:

2 tüchtige Eisendreher
bei guter Bezahlung und dauernder Anstellung.
J. Willi, Sohn, Maschinenfabrik, Chur (Schweiz).